

BERLIN MITEINANDER

BERLINprogramm 2011-2016

ENTWURFSFASSUNG

auf Grundlage der Beratung im SPD-Landesvorstand
am Sonnabend, 12. Februar 2011.



Inhalt

1. Das sind wir in Berlin.	3
2. Wo wir stehen.	7
3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.....	16
4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle	32
5. Wählen gehen!	48

1. Das sind wir in Berlin.

Berlin ist heute eine wachsende Stadt. Berlin hält zusammen. Die Menschen hier verstehen sich zuerst als Berlinerinnen und Berliner - gleich woher sie kommen, gleich in welchem Bezirk sie wohnen. So auch wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Wir verstehen uns zuerst als die politisch gestaltende Kraft für die ganze Stadt und für ein erfolgreiches, lebens- und liebenswürdiges Berlin.

Berlin, das sind vor allem die Berlinerinnen und Berliner selbst. Sie sind es, die Berlin so reich machen. Diese Stadt ist reich an Ideen, reich an Kreativität, reich an zupackenden, hart arbeitenden Menschen aus aller Welt, reich an Chancen, reich an Humor, reich an guter Bildung und reich an seiner einzigartigen Kultur.

Klaus Wowereit und die SPD haben seit 2001 Berlin wieder zu einer erfolgreichen Stadt gemacht. Nach einem ungeheuerlichen Bankenskandal und einer zwischen Ost und West tief gespaltenen Stadt brauchte die Stadt eine sachorientierte und zupackende Regierung. Wir haben konsequent daran gearbeitet, die soziale Spaltung zu verhindern und gleichzeitig mehr Arbeit nach Berlin zu bringen.

Heute sehen wir: Diese Stadt kann, was das Geld angeht, nicht mit London oder Paris mithalten. Aber diese Stadt hat etwas, was man mit Geld nie kaufen kann. Eine Ausstrahlung, eine Anziehung, eine Wildheit und auch eine Schönheit, wie es in dieser Kombination keine zweite gibt.

Unser Regieren hat ein Prinzip: Wir wollen das Miteinander stärken, wo nötig versöhnen und die produktive Kraft der Stadt zur Entfaltung bringen. Mit diesem Regierungsstil haben wir dafür gesorgt, dass wir heute wie selbstverständlich über Berlin reden, und damit die ganze Stadt meinen und nicht mehr Ost- oder West-Berlin. Es ist zusammengewachsen, was zusammen gehört. Für diese zusammengewachsene Stadt stehen Klaus Wowereit und die SPD wie keine andere politische Kraft. Berlin ist eine Stadt für alle geworden.

Unsere Aufgabe in diesem Jahrzehnt

Der wirtschaftliche Erfolg hat Berlin zu neuer Blüte gebracht. Nun beginnt sich die Stadt ein weiteres Mal zu erneuern. Denn das Wachstum der Stadt hat vielen Berlinerinnen und Berlinern ein gutes Leben ermöglicht. Andere blicken mit Sorge in die Zukunft, denn ihre Arbeit reicht selten zu einem auskömmlichen Leben. Und immer noch zu viele haben keinen Arbeitsplatz.

Wir stehen heute vor der großen Herausforderung, alle am Aufschwung der Stadt teilhaben zu lassen. Daran wollen wir in den kommenden fünf Jahren arbeiten. Unser Zukunftsentwurf lautet: **Wir schaffen ein neues Miteinander in Berlin, in dem alle Berlinerinnen und Berliner soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg erfahren können.**

Klaus Wowereit und die SPD übernehmen Verantwortung für das ganze Berlin. Alle Stadtteile liegen uns gleichermaßen am Herzen - gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern werden wir dafür sorgen, dass die Stadt menschlich und sozial bleibt. Das bedeutet auch, dass der wirtschaftliche Erfolgsweg Berlins kraftvoll fortgesetzt werden muss, damit weiter gute, neue Arbeitsplätze entstehen.

Die SPD ist eine Partei, die eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet. Sie ist vor Ort präsent und ansprechbar für die Nöte und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger. Wir laden ein zur Partizipation, zur Mitwirkung, denn wir arbeiten bürgernah daran, die Ent-

1 fremdung zwischen Bevölkerung und Politik zu überwinden, gerade auch auf der lokalen Ebene, in den Kiezen und in den Bezirken.

3 Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte wollen wir
4 in Berlin verwirklichen. Nur diese drei Werte gemeinsam als Grundlage der Politik sorgen dafür,
5 dass die Stadt lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich wird. Gerechtigkeit bedarf der
6 Freiheit, Freiheit der Gleichheit der Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt. Und ohne Solidarität
7 von Berlinern zu Berlinern – unabhängig vom Einkommen, Herkunft, Religion oder Lebensweise –
8 ist alles andere nichts.

9 Für ein neues Miteinander in Berlin suchen wir das Bündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern,
10 für die gute und gebührenfreie Bildung für unsere Kinder eine Herzensangelegenheit ist.
11 Wir tun uns zusammen mit denjenigen, die sozialen Aufstieg durch Tatkraft und Leistung
12 schaffen wollen und auf die Unterstützung dieser Stadt vertrauen. Wir bauen auf alle, die sich
13 für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Stadt einsetzen. Wir sind an der Seite der
14 Unternehmerinnen und Unternehmer, die Berlin voranbringen werden.

15 Klaus Wowereit und die SPD sind Partner all derjenigen, die das Miteinander und nicht das
16 Gegeneinander wollen. Egal, ob sie jung oder alt sind. Ob sie als Singles, in Familien oder anderen
17 Lebensentwürfen in unserer Stadt wohnen. Egal, ob sie „Ur-Berliner“ oder Zugezogene sind.

19 Die SPD will ein Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, die nicht nur an einen
20 Teil dieser Stadt und ihrer Menschen denken, sondern die das ganze Berlin voranbringen wollen.

22 Dabei hat die SPD vor Ort die Situation der Bezirke im Blick, behält aber die Perspektive auf
23 das Land Berlin bei. Denn Berlin ist mehr als die Summe seiner Stadtteile und Einzelinteressen.
24 Berlin ist heute eine spannende, weltweit geachtete solidarische Metropole. Berlin ist
25 keine Stadt der sozialen Kälte und Ausgrenzung. Würde, Respekt und gegenseitige Akzeptanz
26 zeichnen die Berliner Kultur der Anerkennung aus. Der SPD-geführte Senat und Klaus Wowereit
27 werden weiter mit voller Kraft an diesem Berlin des Miteinanders arbeiten.

28 **Das wollen wir für Berlin im Jahre 2020.**

29 Im 21. Jahrhundert wandeln sich die Städte in rasantem Tempo. Die Gesellschaft entwickelt
30 sich zu einer Informations- und Wissensgesellschaft, die international eng verflochten ist.
31 Globale Märkte fordern die Unternehmen heraus. Die Veränderungen der Berufswelt verlangen
32 nach Weiterbildung und Offenheit für neue Entwicklungen.

33 Globalisierung fordert mehr Mobilität und schafft mehr Migration. Verschiedene Lebensstile
34 treffen aufeinander: geprägt durch unterschiedliche soziale, ethnische und kulturelle Herkunft.
35 Die demografische Entwicklung zwingt dazu, über neue Lebensformen im Alter genauso
36 nachzudenken wie über die erhöhten Anforderungen der Integration von Menschen aus anderen
37 Ländern und Kulturen.

38 Der Weg von der alten Industriegesellschaft zur wissensbasierten Verknüpfung von Wissenschaft,
39 Produktion und Dienstleistungen verändert Städte grundlegend. Wohnen, Leben und
40 Arbeiten rücken in modernen Städten wieder enger zueinander.

41 Berlin 2020 heißt für die SPD: Wir wollen eine neue Lebensqualität in der Stadt. Wir schaffen
42 zukunftsfähige Arbeitsplätze, gesunde Lebensverhältnisse und eine ressourcenschonende
43 Lebens- und Arbeitsweise.

1 Um dieses Ziel zu realisieren, müssen wir in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass
2 der Aufschwung stabil bleibt und für alle erfahrbar wird. Das Berlinprogramm, das wir als
3 Grundlage eines Zukunftsbündnisses vorschlagen, nimmt sich genau diese zwei Schwerpunkte
4 vor: „**Arbeit für alle**“ und „**Zusammenhalt sichern**“. Der Schlüssel dafür liegt bei guter Bildung
5 und Integration.

6 Die SPD will **gute Arbeit** für alle Berlinerinnen und Berliner. Wir setzen uns ein für faire Ar-
7beitsbedingungen, eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und einen gesetzlichen Mindest-
8lohn. Für uns ist Arbeit aber mehr als das Mittel zum Broterwerb. Über die Erwerbsarbeit
9vermittelt sich gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit ist die Grundlage zur Verwirklichung eigener
10Lebensentwürfe.

11 Damit Arbeit für alle auch in einer sich verändernden Wirtschaftswelt möglich wird, wollen
12 wir Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und ressourcensparender
13 Zukunftsindustrien machen. Wir werden Betriebe und Unternehmen unterstützen, Arbeits-
14plätze zu sichern und zu schaffen. Das gelingt auch und besonders durch eine hervorragende
15 Berliner Infrastruktur, die wir weiter ausbauen werden. Berlin wird so zu einer Stadt der
16 nachhaltigen, zukunftsfähigen und innovativen Arbeitsplätze in der Industrie und bei den
17 Dienstleistungen.

18 Viele Bürgerinnen und Bürger fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu wer-
19den. Wer gering qualifiziert oder nicht mehr jung ist, wird leider oft vom Arbeitsmarkt ausge-
20schlossen. Frauen haben selbst mit den besten Bildungsabschlüssen noch längst nicht den
21gleichen Zugang zu beruflichem Aufstieg und zu existenzsichernder Arbeit.

22 Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, härtere Konkurrenz
23 und die Anforderung bedroht, immer verfügbar zu sein. Faire Arbeitsbedingungen und eine
24 aktive Arbeitsmarktpolitik sind daher nötig, um sichere Arbeitsplätze zu schaffen, den Men-
25schen die Hand zu reichen und Brücken in den ersten Arbeitsmarkt zu bauen.

26 Klaus Wowereit und die SPD stehen für **Gerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt** der
27 Stadt ein. **Zusammenhalt** ist die Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt
28 Berlins. Dies werden wir über eine gute Bildung von Kindesbeinen an sowie die Förderung der
29 Integration schaffen. Denn nur so wird Chancengleichheit und Teilhabe für alle Berlinerinnen
30 und Berliner erlebbar!

31 Berlin bleibt eine Stadt mit vielen unterschiedlichen Zentren. Die Menschen orientieren sich
32 nach ihren persönlichen Interessen und Vorlieben. Die Innenstadt bleibt der Ort, wohin sich
33 vor allem Touristen orientieren, ein Treffpunkt kreativer Milieus, gleichzeitig aber auch das
34 Ziel für junge wie für ältere Menschen, Rentnerinnen und Rentner, auch Familien, die das
35 dichte urbane Leben suchen. Die äußere Stadt bietet andere Qualitäten und ist attraktiv für
36 die, die das Grün in der Stadt ebenso suchen wie die Geborgenheit der Quartiere. Eine soziale
37 Infrastruktur, die allen zugänglich ist, die Nahversorgung und die Anbindung durch öffentliche
38 Verkehrsmittel sorgen dafür, dass kein Quartier abgehängt wird.

39 Berlin organisiert sich nicht nur ökologisch, sondern ist Vorreiterin einer nachhaltigen Stadt-
40entwicklung. Unsere Stadt baut auf Ressourceneffizienz, regenerative Energien, einen ökolo-
41gischen Verkehrsmix und Klimabewusstsein.

42 Niemand soll zurück bleiben. Der wirtschaftliche Erfolg der Stadt birgt auch die Gefahr, dass
43 nicht alle Berlinerinnen und Berliner daran teilhaben. Wenn wir nichts tun, entwickeln sich
44 erfolgreiche und sozial belastete Quartiere mehr und mehr auseinander. **Diese drohenden**
45 **Spaltungen innerhalb der Stadt zu verhindern, ist die große Aufgabe der Sozialdemokratie**

- 1 in Berlin in den kommenden zehn Jahren. Klaus Wowereit und die SPD stellen sich dieser
- 2 Aufgabe und arbeiten an der Schaffung eines neuen Miteinanders in Berlin.
- 3

2. Wo wir stehen.

Wild und schön: Berlin wächst wieder.

Die SPD führt seit zehn Jahren den Berliner Senat. Klaus Wowereit war und ist der richtige Regierende Bürgermeister für Berlin. Die SPD und Klaus Wowereit haben Berlin gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einer weltoffenen, starken und wirtschaftlich erfolgreichen Stadt geformt. Berlin ist wild und schön.

Zehn Jahre nach dem bitteren Bankenskandal ist Berlin heute eine Metropole mit Weltruhm. Klaus Wowereit und die SPD wollten den Wandel der Stadt gestalten und haben den Mentalitätswechsel auch über Widerstände hinweg durchgesetzt. Heute sehen wir: Vieles ist gelungen, viel hat sich verändert, viele Berlinerinnen und Berliner haben daran mitgewirkt. Berlin ist eine der attraktivsten Städte der Welt.

Viele Millionen Besucherinnen und Besucher jährlich zeigen: Die Berlinerinnen und Berliner können stolz sein auf ihre Stadt.

Zusammenhalt und Respekt

Berlin wächst zusammen und hält zusammen. Die Teilung der Stadt in einen Ostteil und einen Westteil ist überwunden. Wie selbstverständlich verstehen sich die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt – egal woher sie kommen und wo sie heute wohnen – als Berlinerinnen und Berliner.

Toleranz, Respekt und Akzeptanz prägen das Lebensgefühl dieser Stadt. Berlin ist eine Stadt des Miteinanders, in der unterschiedliche Lebensentwürfe nebeneinander existieren, in der Jung und Alt, Singles wie Familien ihren Platz haben. Klaus Wowereit und die SPD haben diese Offenheit gegen Intoleranz und Ausgrenzung verteidigt. Und das ist auch gut so.

Nach zehn Jahren harter Arbeit haben die Berlinerinnen und Berliner wieder mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesunken. Berlin wächst und auch die Zahl der Arbeitsplätze. Die Stadt gilt als Vorreiterin in Wissenschaft und Forschung, der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Gesundheits- und Umweltwirtschaft.

Wirtschaft auf Kurs

Berlins Wirtschaft ist zurück in der Erfolgsspur. Die zielgerichtete Arbeit am wirtschaftlichen Wachstum durch den SPD-geführten Senat trägt Früchte. Die Stadt ist Spitzenreiterin beim Beschäftigungswachstum in Deutschland. Allein seit 2006 sind mehr als 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Berlin geschaffen worden. Nirgendwo in Deutschland werden mehr neue Unternehmen gegründet.

Der SPD-geführte Senat hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und so den Verbleib und die Ansiedlung der Zentralen großer Unternehmen in Berlin gesichert. Renommiertere Firmen aus verschiedensten Branchen entschieden sich für den Standort Berlin, wie etwa die Deutsche Bahn AG, Pfizer, Deutsche Grammophon, Universal Music, MTV oder jüngst die Deutsche Presseagentur und der Suhrkamp-Verlag. Neue internationale Messen und Events wie die „Bread and Butter“, die „Fashion Week“ und die immer erfolgreichere Berlinale unterstreichen die Attraktivität der Stadt.

Kreative Köpfe, innovative Unternehmen

Berlin ist zur ersten Adresse in Deutschland und Europa für kreative Köpfe geworden. Berlins Kreativwirtschaft ermöglicht mehr als 150.000 Berlinerinnen und Berlinern eine Beschäfti-

gung. Viele Kleinstunternehmen mit zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen hier fortlaufend weitere Arbeitsplätze. 2006 wurde Berlin als Stadt des Designs in das „Creative Cities Network“ der UNESCO aufgenommen.

Und: Mit Klaus Wowereit und der SPD konnte Berlin wieder an seine Tradition als Industriestadt anknüpfen. Heute entwickeln und produzieren hochinnovative Firmen die Produkte von morgen, wie beispielsweise in Berlin Adlershof, Deutschlands größtem Technologiepark. Zukunftorientierte Solarunternehmen wie Solon und Sulfurcell fanden und finden in Berlin hervorragende Standortbedingungen vor.

Neue, innovative Unternehmen sichern dabei bestehende Arbeitsplätze und schaffen Perspektiven für Handwerk, Handel und Gewerbe – mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat der Berliner Wirtschaft bilden

Zukunftsindustrien und Klimaschutz

Die Förderung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft steht seit zehn Jahren ganz oben auf der Prioritätenliste des Berliner Senats. Deshalb ist Berlin heute Standort für Zukunftsindustrien und -technologien. Produkte von Siemens, Daimler, BMW sind Exportschlager! Im Steuerungskreis Industriepolitik arbeitet der Senat mit den Gewerkschaften, den Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, damit noch mehr Arbeitsplätze in moderner industrieller Produktion, in Dienstleistungen und in Handel und Handwerk entstehen.

Berlin ist Trendsetter bei der klimaschonenden Energiepolitik und beim Klimaschutz. Im Städtevergleich entstanden hier die meisten Arbeitsplätze in der nachhaltigen Wirtschaft. Wir sind auf einem guten Weg, unsere ehrgeizigen CO₂-Einsparziele zu erreichen.

Gesundheitsstadt Berlin

Gute Gesundheitsversorgung, beste klinische Forschung und exzellente Wissenschaft machen Berlin und Brandenburg zur attraktivsten Gesundheitsregion des Landes. Der Senat hat durch den strategischen Ausbau dieser wachstumsstarken Branche gewährleistet und gleichzeitig die bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Berliner Bevölkerung gefördert. Mit dem „Masterplan Gesundheit“ formte der Senat eine nachhaltige Kooperation von Wirtschaft, Verwaltung, Krankenkassen, Kliniken und Gesundheitseinrichtungen.

Attraktiv für Menschen aus aller Welt

Über 20 Millionen Übernachtungen und die Verdopplung der Fluggastzahlen auf über 22 Millionen Passagiere sprechen eine klare Sprache: Menschen auf der ganzen Welt lieben Berlin. Durch den Einsatz von Klaus Wowereit und des von ihm geführten Senats wurde der Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, durch den tausende von Arbeitsplätzen geschaffen wurden.

Und noch schöner: Immer mehr Menschen wollen neue Berlinerinnen und Berliner werden. Berlin, die SPD und der Regierende Bürgermeister heißen sie in der Stadt willkommen.

Mehr Bildungschancen - Für alle Kinder

Die SPD hat dafür gekämpft, Berlin wieder zur Stadt der Bildungschancen zu machen. Das war harte Arbeit, die sich heute auszahlt. Denn Berlins Kitas, Schulen und Hochschulen sind wieder mehr und mehr beliebt.

Damit Bildung und sozialer Aufstieg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, haben die SPD und Klaus Wowereit zwei große Bildungsreformen durchgeführt. Dies stärkte die Durchlässigkeit. Durch die Abschaffung der Hauptschule und die Einführung der neuen Sekundarschule

1 wird jeder Jugendliche optimal gefördert und kann ohne Schulwechsel alle Schulabschlüsse
2 erreichen. Mit dem Modellprojekt zur Gemeinschaftsschule haben wir eine Bereicherung der
3 Schullandschaft geschaffen. Mit unseren Ganztagschulen und den Angeboten für längeres
4 gemeinsames Lernen stehen wir bundesweit an der Spitze einer Schulentwicklung, wie sie
5 sich in ganz Europa bewährt hat.

6 Die Bildungspolitik der SPD zielt darauf ab, unsere Kinder auf die Anforderungen von morgen
7 und übermorgen vorzubereiten und sie zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten in einer
8 solidarischen Gesellschaft zu erziehen. Zugleich bauten wir die Schulen zu Orten des Lernens
9 aus – auch indem Berliner Unternehmen oder auch Sportvereine in den Unterricht und die
10 Lehrpläne einbezogen werden.

11 **Familie UND Beruf**

12 Die SPD will und wollte mehr Ganztagschulen für Berlin. Die Konjunkturprogramme und er-
13 hebliche finanzielle Anstrengungen zur Sanierung und Modernisierung von Berlins Schulen
14 haben uns diesem Ziel ein Stück nähergebracht.

15 Nicht nur deshalb ist die SPD die Familienpartei Berlins. Wir haben alles daran gesetzt, Berlin
16 zur Stadt für Kinder zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Seit
17 2001 wurden knapp 14.000 neue Kita- und Krippenplätze und 26 Zentren für Familien zusätz-
18 lich geschaffen.

19 Mit der großen Kitareform haben wir die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen weite-
20 rentwickelt und die vorschulische Sprachförderung verbessert. Unter großen finanziellen
21 Kraftanstrengungen hat Berlin 1.800 neue Stellen für Erzieherinnen und Erzieher eingerichtet.
22 Das steigert die Betreuungsqualität. Denn künftig betreuen mehr Erzieherinnen und Erzieher
23 immer kleinere Gruppen von Kindern.

24 **Kinder- und Jugendschutz**

25 Bei uns steht das Kindeswohl ressortübergreifend im Mittelpunkt. Daher wurde ein Netzwerk
26 Kinderschutz gebildet, welches Maßnahmen bündelt, die der Gewaltanwendung gegen Kinder
27 entgegenwirken. In allen Bezirken stehen Hotline und Koordinatoren zum Schutz des Kindes
28 zur Verfügung. Zudem wurden eine bürgernahe Jugendhilfe und ein neues einheitliches Leit-
29 bild geschaffen. Im Sinne ganzheitlicher Bildung stärkten wir die Kooperation von Jugendhilfe
30 und Schule.

31 Im Umgang mit jugendlichen Intensivtätern setzen wir auf konsequentes und schnelles Han-
32 deln. Der Erziehungsgedanke steht dabei im Vordergrund, der Staat muss aber auch deutlich
33 machen, dass er seine Werte und Regeln durchzusetzen bereit ist.

34 Mit zahlreichen Aufklärungs- und Präventionsangeboten schützen wir Jugendliche vor Dro-
35 gen- und Suchtgefahren. Sie sollen junge Menschen stärken und sie befähigen, „Nein“ zu
36 Suchtmitteln aller Art sagen zu können.

37 Der Missbrauch alkoholischer Getränke unter Kindern und Jugendlichen ist im Jahr 2010 leicht
38 zurückgegangen, aber immer noch viel zu hoch. So genannte „Flatrate-Partys“ sind nach ge-
39 ltendem Recht zwar unzulässig, dennoch ist in Zusammenarbeit von Gewerbeaußendienst,
40 Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei weiterhin zu kontrollieren, dass kein Ausschank alkoho-
41 lischer Getränke an Jugendliche erfolgt. Anbietern sogenannten Flatrate-Trinkens müssen mit
42 empfindlichen Strafen und Bußgeldern rechnen.

43 **Berlin: beliebt bei Studierenden und der Wissenschaft**

Studieren in Berlin wird immer beliebter. Dies haben die SPD und Klaus Wowereit gefördert, indem sie die Zahl der Studienanfängerplätze weiter ausgebaut und die Studienbedingungen verbessert haben. Dabei wurden seit 2006 7.000 neue Studienplätze geschaffen.

Zugleich haben wir Berlin als starken Wissenschafts- und Forschungsstandort weiterentwickelt. Berliner Hochschuleinrichtungen gewannen im Exzellenzwettbewerb sieben Graduiertenschulen und sechs Exzellenzcluster. Die Freie Universität Berlin wurde mit Unterstützung des SPD-geführten Senats zur Exzellenzuniversität.

Durch die sozialdemokratische Wissenschaftspolitik sind in den letzten Jahren die Berufung von 451 neuen Professuren und die Einstellung von 2.300 zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefördert worden.

Bildung für alle – gebührenfreie Bildung

Die SPD hat jahrelang hart dafür gekämpft, dass Berlins Bildung gebührenfrei wird. Seit 2011 ist das Realität: Die letzten drei Kita-Jahre sind komplett kostenfrei. Das entlastet die Familien und fördert die Kinder von Anfang an.

Klaus Wowereit und die SPD stehen dafür, dass Berlin auch künftig keine Studiengebühren erhebt.

Kurzum: Klaus Wowereit und die SPD haben Wort gehalten. An der Bildung wurde nicht gespart.

Tatkräftiger Einsatz für Integration

In der Integrationspolitik hat die SPD in Berlin beispielhaftes geleistet: mit den Bildungsreformen, dem bundesweit ersten Integrations- und Partizipationsgesetz, durch Integrations- und Sprachförderprojekte aus dem Programm „Soziale Stadt“ wie den „Stadtteilmüttern“ und den Bildungsverbünden.

Wir haben die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund vergrößert. Die Zahl der Schulabbrecher ist gesunken, die Quote der Nicht-Deutschen ohne Schulabschluss sank um mehr als sechs Prozent. Gleichzeitig stieg die Anzahl von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst erheblich.

Die SPD setzt sich dafür ein, die Situation für Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuerwehr und im restlichen Öffentlichen Dienst werden mehr und mehr zur Normalität.

Miteinander für Toleranz

Unsere Landesprogramme gegen Rechts halfen, Toleranz zu stärken und Ausgrenzung und Rassismus entgegenzutreten.

Die Zusammenarbeit der Härtefallkommission für Flüchtlinge mit dem Innensenator führte hier zu großzügigeren Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge als im Bundesdurchschnitt. Auch beteiligte sich Berlin an der „Save-me-Initiative“ zugunsten besonders gefährdeter Flüchtlingsgruppen, wie Christen aus dem Irak und Verfolgte der iranischen Demokratiebewegung.

Handeln statt Reden. Gleichstellungspolitik in Berlin

Die SPD hat sich für mehr Gleichstellung in Berlin eingesetzt. Der SPD-geführte Senat tritt der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Glaubens, ihrer ethnischen Herkunft, sexuellen Identität oder einer Behinderung energisch und durch diverse Initiativen entgegen.

1 Durch das „Gender Budgeting“, also der geschlechtersensiblen Haushaltsführung, und das
2 Landesgleichstellungsgesetz ist die Stadt Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlich
3 garantierten Rechts auf Gleichstellung geworden. Das Berliner Programm zur Förderung der
4 Chancengleichheit hat den Frauenanteil in Forschung und Lehre erhöht. Öffentliche Auftrags-
5 vergabe und Bewilligung von Steuergeldern an Unternehmen sind an die Darlegung von Frau-
6 enfördermaßnahmen geknüpft.

7 Und wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt:
8 Die Hälfte aller Staatssekretäre sind Frauen. Wir haben die Frauenquote von 40 % in den Auf-
9 sichtsräten bei den landeseigenen Betrieben bereits übertroffen, auch in die Vorstände zie-
10 hen immer mehr Frauen ein. Und in der Justiz ist ein erheblicher Anteil der Präsidenten- und
11 Richterämter durch Frauen besetzt.

12 **Vielfalt und Respekt**

13 Gleichstellung bedeutet auch die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften. So hat Berlin
14 durch unsere Politik bei der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen eine füh-
15 rende Rolle in Deutschland eingenommen. Berlin ist als erstes Bundesland im Jahr 2007 der
16 „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber werden so ver-
17 pflichtet, Vielfalt in der Belegschaft, bei der Kundschaft und unter den Geschäftspartnern zu
18 respektieren.

19 Mit der Einrichtung der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ und
20 ihrem Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen werden Berlinerinnen und Berliner
21 über ihre Rechte aufgeklärt und ermutigt, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

22 Bereits 2008 hat der Senat die Gleichstellung von Landesbeamten, die in einer gleichge-
23 schlechtlichen Partnerschaft leben, durchgesetzt. Trotz breiter Zustimmung in der Bevölke-
24 rung scheiterten am Widerstand konservativ regierter Bundesländer die Bundesratsinitiativen
25 des SPD-geführten Senats zur Anerkennung des Merkmals der sexuellen Identität beim Be-
26 nachteilungsverbot des Grundgesetzes und zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche
27 Paare. Wir kämpfen weiter für die Anerkennung dieser gesellschaftlichen Realitäten!

28 **Wir stärken die soziale Stadtentwicklung**

29 Die SPD kämpft für den sozialen Zusammenhalt Berlins. Dort, wo Spaltungen drohen, schrei-
30 ten wir durch unsere Programme der sozialen Stadt und der „Aktionsräume Plus“ aktiv ein.
31 Dabei haben wir die Sozial-, Bildungs-, Integrations-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik so mi-
32 teinander vernetzt, dass die Hilfe direkt bei den Menschen ankommt. Damit stärken wir die
33 Kieze und Nachbarschaften.

34 Die SPD hat das bundesweit beachtete Quartiersmanagement weiter ausgebaut. Der SPD-
35 Senat stärkte die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Organisation der Quartiers-
36 räte. In vielen Quartieren stoppten wir so die Abwärtsspirale aus sich gegenseitig verstärken-
37 den städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen.

38 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die soziale Stadtentwicklung drastisch
39 gekürzt. Dies spaltet die Städte und droht die vielfältige Landschaft von Projekten und Initiati-
40 ven sozialer Stadtentwicklung zu zerstören. Wir fordern, diese Kürzungen rückgängig zu ma-
41 chen. Sozialdemokratische Politik hingegen bleibt verlässlich: Daher haben wir die Finanzmit-
42 tel für die Programme der sozialen Stadtentwicklung auf gleichbleibendem Niveau aufges-
43 tockt.

44 Nur eine gesunde Stadt ist eine soziale Stadt. Der Senat setzte sich in Berlin in den letzten
45 Jahren für die Gesundheitsförderung und den Patientenschutz ein. Die Stadt ist jetzt Mitglied

im Gesunde-Städte-Netzwerk, hat eine Landesgesundheitskonferenz sowie Fachstellen für Gesundheitsförderung und zur Suchtprävention vor Alkohol und Drogen eingerichtet.

Die rasante Ausbreitung von Spielhallen wird durch ein Spielhallengesetz eingedämmt. Eine Bundesratsinitiative zum Baurecht und die Änderung der Bauordnung auf Landesebene flankieren dieses Ziel.

Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten

Der zunehmende wirtschaftliche Erfolg der Stadt drückt sich leider auch in höheren Lebenshaltungskosten aus. Die SPD setzt sich daher für angemessene Lohnsteigerungen ein, damit die Einkommen Schritt halten können. Trotz der steigenden Attraktivität Berlins - besonders einzelner Quartiere der Innenstadt – tun wir alles, um die Mieten in Berlin bezahlbar zu halten.

Wir haben alle bestehenden Regelungen ausgeschöpft, um Mietwucher und Spekulation mit Wohnraum Einhalt zu gebieten. Unser Mietspiegel macht ortsübliche Mietpreise in Berlin transparent und bewahrt Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen. Darüber hinaus soll das Wohnraumgesetz unangemessene Mietsteigerungen für Sozialwohnungen verhindern. Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts mit dem Ziel eingebracht, die Spielräume der Vermieterinnen und Vermieter für Mieterhöhungen zu begrenzen.

Die SPD ist der Garant dafür, dass über einen guten öffentlichen Wohnungsbestand den Immobilienspekulationen entgegengewirkt wird. Wir haben den Bestand an rund 270.000 Wohnungen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften festgeschrieben. Dazu kommen zehn Prozent genossenschaftliche Wohnungen – insgesamt ein Viertel des Berliner Wohnungsbestands. Diese 25 % bilden ein wichtiges Korrektiv zum „freien Spiel“ der Marktkräfte und stellen einen zentralen Hebel dar, um allen Berlinerinnen und Berlinern den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu sichern und allgemeine Mietsteigerungen zu dämpfen. Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften bieten nicht nur preiswerten Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, sondern leisten auch positive Beiträge in der Quartiersentwicklung und schaffen mehr Lebensqualität im Wohnumfeld.

Mobilität ist Lebensqualität

Eine Stadt mit Lebensqualität muss die Mobilität aller sicherstellen. Daher haben wir in den letzten Jahren mit dem „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ die schnelle Verbindung zwischen den Kiezen sowie der Stadt und ihrem Umland deutlich verbessert. Wir haben das Tram-Netz in den Westteil der Stadt verlängert. Insgesamt wurden seit 2006 über 100 km neue Radwege gebaut. Die BVG – mit Bussen, U-Bahnen und Tram – ist ein leistungsfähiger Mobilitätsdienstleister. Gleichzeitig konnten wir die Fahrpreise moderat halten.

Wir haben das Sozialticket für Bedürftige eingeführt.

Die SPD hat die Anbindung Berlins an das Bahnnetz vorangetrieben. Durch die Inbetriebnahme der Bahnhöfe Hauptbahnhof, Südkreuz oder Gesundbrunnen wurde die schnelle und bequeme Anbindung in alle Richtungen erheblich verbessert. Verkürzte Fahrzeiten führten zu Zuwächsen bei den Nutzerinnen und Nutzern der Bahn.

S-Bahn - Die Deutsche Bahn AG zurück in die Spur bringen

Die S-Bahn war einmal der Stolz aller Berlinerinnen und Berliner. Profitgier, die einseitige Ausrichtung auf den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG und eine katastrophale Unternehmenspolitik haben die S-Bahn kaputt gespart – zu Lasten der Sicherheit, des reibungs-

1 losen Betriebs und der Beschäftigten. Für die Unzuverlässigkeit und das Chaos bei der S-Bahn
2 ist die Deutsche Bahn als Eigentümer in der Verantwortung. Wir haben den S-Bahn-Vertrag
3 neu ausgehandelt. Jetzt gilt: Fährt die Bahn nicht, zahlt der Senat kein Geld.

4 Aber die Krise ist leider noch nicht vorbei. Die SPD erwartet von der Deutschen Bahn AG die
5 strikte Einhaltung des Beförderungsvertrages. Bei gravierenden Vertragsverletzungen erwar-
6 ten wir unbürokratische Entschädigungen für die Fahrgäste. Die SPD wird den Druck auf die
7 Deutsche Bahn und die S-Bahn hochhalten, damit Züge, Werkstätten und der gesamte Betrieb
8 wieder in ordnungsgemäßen Zustand kommen.

9 Wir halten an unserer Position der Ablehnung eines Börsengangs der Deutschen Bahn AG
10 fest.

11 **Mehr kulturelle Vielfalt und Bildung**

12 Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am
13 kulturellen Leben und der integrativen Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
14 Der Senat richtete den Projektfonds kulturelle Bildung ein und finanzierte so die Umsetzung
15 von gemeinschaftlichen Angeboten von Kulturinstitutionen und Jugendeinrichtungen, Schulen
16 und Kitas. Berlins einmalige Kulturlandschaft wurde durch die Bewilligung zusätzlicher Mittel
17 und bauliche Investitionen gefördert und ausgebaut. Klaus Wowereit und die SPD
18 haben die Sanierung der Staatsoper sowie die Schaffung einer Ersatzspielstätte am Schiller-
19 Theater angeschoben.

20 **Freiheit und Sicherheit**

21 Die SPD hat in den letzten Jahren kontinuierlich daran gearbeitet, Berlin sicherer zu machen.
22 Gewalt und Angst haben in dieser Stadt keinen Platz. Unser Innensenator hat in Berlin bei-
23 spielhaft gezeigt, wie Freiheit und Sicherheit zusammengebracht werden können. Die Berliner
24 Polizei ist freundlich, modern, bürgernah und leistungsfähig.

25 Die Nachbarschaften sind wieder sicherer. Der Senat bekämpfte Kriminalität bei jugendlichen
26 Intensivtätern durch das Neuköllner Modell, das die beschleunigte Anwendung des verein-
27 fachten Jugendstrafverfahrens ermöglicht. Der 1. Mai ist durch das „Konzept der ausgestreck-
28 ten Hand“ immer ruhiger und friedlicher geworden.

29 Statt Ängste zu schüren und Panik zu streuen ist die Berliner Innenpolitik erfreulich unaufge-
30 regt. Durch gezielte und solide Polizeiarbeit wird vom SPD-geführten Senat Kriminalität be-
31 kämpft, während andere mediale Drohkulissen von islamistischem Terrorismus und linksex-
32 tremen Brandstiftern aufbauen. Sozialdemokratische Politik für Recht und Ordnung ist eine
33 Berliner Erfolgsgeschichte. Das lässt sich u.a. an der Kriminalitätsstatistik ablesen.

34 **Gemeinsam gegen Rechts**

35 Mit zahlreichen öffentlich geförderten Projekten, aber vor allem mit dem persönlichen Enga-
36 gement und der Zivilcourage vieler Berlinerinnen und Berliner hat unsere Stadt deutlich ge-
37 macht: Hier ist kein Platz für Neo-Nazis, Rechtsextreme, für Antisemiten oder islamfeindliche
38 Rechtspopulisten. Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich mehrfach
39 für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD eingesetzt und sich den Aufmärschen von Neo-
40 Nazis widersetzt. Uns macht es wütend, dass die Bundeszentrale dieser rechtsextremen Or-
41 ganisation ihren Sitz in Berlin hat und nutzt, um ihr braunes Gedankengut zu verbreiten.

42 Wir sind stolz darauf, dass es gegenseitige Achtung und Respekt vor Menschen mit anderem
43 kulturellen, religiösen oder ethnischen Hintergrund zu einer allgemeinen Tugend im Zusam-
44 menleben der Berlinerinnen und Berliner entwickelt hat. Dort, wo es trotzdem zu rassisti-

1 schen oder antisemitischen bzw. antiislamischen Übergriffen gekommen ist, haben wir kon-
2 sequent mit polizeilichen und juristischen Mitteln reagiert.

3 **Umwelt und Nachhaltigkeit**

4 Berlin ist eine nachhaltige Metropole. Die SPD begleitete unsere Stadt auf dem bisherigen
5 Weg dahin, und setzt die weiteren Schritte effektiv um. Wir schrieben das ehrgeizige Berliner
6 Klimaschutzziel fest und werden durch die konsequente Umsetzung bis 2020 eine CO₂-
7 Reduktion von 40 % erreichen. Der hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität - ÖPNV und
8 Fuß- und Radverkehr – tragen wesentlich dazu bei. Auch die Einführung der Umweltzone hat
9 hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Unser Klimapolitisches Arbeitsprogramm und der
10 Lärminderungsplan wirken aktiv für eine bessere Umwelt und verschaffen den Berlinerinnen
11 und Berlinern ein weiteres Stück Lebensqualität. Im Ergebnis kann sich Berlin als klima-
12 freundlichste Metropole Europas betrachten.

13 **Verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik**

14 Diese positive Bilanz erreichten wir trotz enger Spielräume des Berliner Haushalts. Wir haben
15 Wort gehalten und erste Schritte zum Schuldenabbau getan, damit künftige Generationen
16 nicht in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt werden. Wir müssen daher heute handeln
17 und weiter sparen. Die SPD war in den letzten Jahren der Garant für eine sparsame öffentli-
18 che Verwaltung, strikte Ausgabendisziplin und leistungsfähige aber schlanke öffentliche Un-
19 ternehmen. Wir haben dafür gesorgt, dass der Verkauf der Landesbank Berlin mit einem Erlös
20 von fünf Milliarden Euro bisher die Risiken aus der Berliner Bankenkrise abgedeckt hat. So
21 haben wir Berlin vor großem Schaden bewahrt. Zudem gelang es Berlin, Schulden abzubauen.
22 Die von Klaus Wowereit durchgesetzte Hauptstadtklausel im Grundgesetz sichert Berlin Ein-
23 nahmen für Aufwendungen, die die Stadt in gesamtstaatlicher Verantwortung leistet.

24 Investitionen haben wir vorangetrieben: Durch die (energetische) Sanierung von Schulen, Bä-
25 dern und Sportanlagen, durch Investitionen in die bauliche Unterhaltung, durch Konjunktur-
26 programme, durch den Schienen- und Straßenbau oder durch Sonderprogramme wie das
27 Schlaglochprogramm hat Berlin seit 2006 rund sechs Milliarden Euro in die Infrastruktur des
28 Landes investiert. Investieren, Sanieren, Konsolidieren – das ist der erfolgreiche Dreiklang
29 sozialdemokratischer Finanzpolitik in Berlin.

30 Der von uns eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung war und ist hart. Doch er war
31 erfolgreich. Berlin braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Kein
32 Bundesland hat in den vergangenen zehn Jahren seine Ausgaben so gut im Griff gehabt wie
33 Berlin. Ungeachtet des für Berlin symptomatischen Einnahmeproblems hat die SPD darauf
34 geachtet, den öffentlichen Haushalt nicht zu überfordern und dennoch Spielräume für sozial-
35 demokratische Politik zu schaffen und zu erhalten. Eine Politik, die die SPD deutlich erkennbar
36 von den anderen Parteien unterscheidet.

37 Denn trotz der angespannten Finanzsituation haben wir klare Schwerpunkte gesetzt und rea-
38 lisiert. Kostenfreiheit und Angebotserweiterung im Kitabereich, eine bessere personelle Aus-
39 stattung der Schulen und der Ausbau der Hochschulen sind klare Beispiele.

40 Diesen Weg der stabilen Finanzen werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fort-
41 führen. Dazu muss der in der Finanzplanung vorgegebene Ausgabenpfad eingehalten werden.
42 Für uns ist aber klar: Bei Bildung und Wissenschaft wird auch künftig nicht gespart.

43 Ein Finanzausgleich unter den Bundesländern ist unverzichtbarer Bestandteil praktizierter
44 Solidarität in unserem föderalen System. Daran darf sich trotz der Drohungen CDU- und FDP-
45 regierter Landesregierungen gegen Berlin auch in der Zeit nach 2019 nichts ändern. Berlin

- 1 erhält Mittel zur Haushaltskonsolidierung und muss gegenüber dem Stabilitätsrat laufend
2 Rechenschaft ablegen. Berlin erwartet, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung unsere Haus-
3 haltskonsolidierung nicht durch eine unsoziale Steuerpolitik konterkariert, die für das Land
4 Berlin zuletzt Steuerausfälle in Höhe dreistelliger Millionenbeiträge bedeutet haben. Wir tre-
5 ten weiter für die stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ein.
- 6 Wir werden Berlin nicht kaputtsparen, um die unausgewogenen und unsozialen Steuerpläne
7 von CDU und FDP auf Bundesebene zu finanzieren. Der Bund ist in der Verantwortung, die
8 finanzielle Ausstattung der Kommunen – hier insbesondere der Großstädte und der deut-
9 schen Hauptstadt mit ihren Zusatzaufgaben – zu verbessern.
- 10 Zu den aktuellen Themen und Problemstellungen der Berliner Finanz- und Haushaltspolitik
11 gehören neue, verschärfte Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen. Diese Zuwendungen
12 sollen künftig nur diejenigen Anbieter erhalten die leistungsfähig sind und uneingeschränkt in
13 der vorhandenen und öffentlich zugänglichen Transparenzdatenbank über sich Auskunft er-
14 teilen.
- 15 Zudem wollen wir die Einnahmebasis des Landes festigen. Dazu gehört u. a. auch die Einfüh-
16 rung einer „City Tax“ als Abgabe von auswärtigen Gästen – wie sie in vielen Städten derzeit
17 diskutiert wird und deren Erträge der Stärkung des Tourismus in Berlin zugutekommen wür-
18 den.
- 19

3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

Die SPD will in Berlin Beschäftigung für alle. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Menschen ohne Arbeitsplatz bleiben. Wir kämpfen weiter dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

Berlins Wirtschaft wächst wieder. Klaus Wowereit und die SPD haben seit 2001 den Strukturwandel der Wirtschaft gefördert und mit klaren Schwerpunktsetzungen neue Impulse geschaffen. Allein seit 2006 sind in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. In dieser Zeit haben sich in Berlin tausende Unternehmen niedergelassen oder wurden neu gegründet.

Das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Berliner Produkte sind markt- und zukunftsfähig und werden in der ganzen Welt nachgefragt. Die Berliner Wirtschaft ist auf Kurs. Wir wollen in den kommenden Jahren diesen Erfolgskurs fortsetzen.

Arbeit ist für uns immer gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesunde und faire Arbeitsbedingungen, gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie sichere Aufstiegsperspektiven. Gerade auch für Frauen schaffen wir dadurch Bedingungen, die ihnen reale Gleichstellungschancen eröffnen sowie ökonomische und soziale Eigenständigkeit.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen weiterhin zum Schwerpunkt unserer Politik machen. Die SPD verfolgt eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie: Stärkung der städtischen Wirtschaft, Konzentration auf Kompetenzfelder, eine neue Außenwirtschaftsstrategie und die Schaffung guter Arbeits- und Ausbildungsplätze.

3.1 Stärkung der städtischen Wirtschaft

Ansässige Betriebe stützen

Basis unseres Wohlstandes sind die vielen kleinen und größeren Unternehmen am Standort Berlin. Sozialdemokratische Politik schafft gute Rahmenbedingungen für ihren Erfolg. Wo Betriebe unsere Unterstützung brauchen, haben wir ein offenes Ohr. In der Verwaltung des Landes und der Bezirke legen wir Wert auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen. Wir werden den eingeführten Unternehmensservice in den Bezirken weiter verbessern und Ansprechpartner für die Anliegen der Betriebe sein.

Moderne Industriepolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze

Moderne Industriepolitik ist ein wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die SPD will Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparender, innovativer Zukunftsindustrien machen. Klaus Wowereit hat mit der Gründung des Steuerungskreises Industriepolitik aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften den Grundstein für ein neues industriepolitisches Miteinander in Berlin gelegt.

Zuwächse im industriellen Sektor bedeuten mehr Wertschöpfung auch bei Dienstleistungen. Dadurch vergrößern sich die Spielräume für unsere sozialökologische und sozial gerechte Politik. Die SPD will mit einer intelligenten Wachstumspolitik Erwerbsarbeit fördern. So bauen wir das Wohlstandsniveau aus und verringern die Abhängigkeiten von Transferleistungen.

Wissenschaft und Wirtschaft

Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und der Wirtschaft. Eine enge Verzahnung zwischen Unternehmen und Berliner

1 Forschungs- und Hochschuleinrichtungen werden wir durch Forschungsallianzen gezielt för-
2 dern. Wir wollen das Instrument der Hochschulverträge künftig auch dazu nutzen, um die
3 Hochschulen noch stärker mit der Berliner Industrie zu verknüpfen. Wir entwickeln strategi-
4 sche Partnerschaften zwischen Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Wissenschaftsein-
5 richtungen und optimieren bestehende Transferprogramme.

6 Wir werden Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Berliner Industrieunternehmen auch
7 unter dem Gesichtspunkt fördern, dass in Berlin ausgebildete Fachkräfte in der Stadt bleiben.
8 In Berlin gibt es viele wissensgetriebene Industriebetriebe – große wie kleine - die abhängig
9 sind von produktionstechnischem Know-how und Ingenieur- und Marktwissen. Insgesamt ist
10 die Verfügbarkeit von Fachkräften eine der zentralen Voraussetzungen für die weitere wirt-
11 schaftliche Entwicklung Berlins. Die Hochschulen müssen darum in gefragten Disziplinen die
12 Studienplätze erhöhen. Unternehmen müssen künftige Fachkräfte frühzeitig binden und at-
13 traktive Arbeitsbedingungen anbieten. Die Qualifikationen, die Facharbeiterinnen und Fach-
14 arbeiter in der dualen Ausbildung erwerben, dürfen auch in Zukunft nicht aus dem Blick gera-
15 ten.

16 Die SPD erhöht die Durchlässigkeit der Berliner Hochschulen, damit es mehr Möglichkeiten für
17 ein Studium ohne Abitur gibt. Dabei überprüfen wir, inwieweit die Studiengänge unserer
18 Hochschulen mit der Lebensrealität von Facharbeiterinnen und Facharbeitern vereinbar sind,
19 um mit den Hochschulen eine Anpassung der Studiengänge zu erreichen.

20 Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode die Zahl der Studierenden insbesonde-
21 re in mathematisch-ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen erhöhen. Zudem werden wir
22 Berlin als Zentrum der Geisteswissenschaft stärken.

23 Klaus Wowereit hat im Frühjahr 2011 eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung gestartet.
24 Den Pakt für Fachkräfte in der Berliner Industrie werden wir fortsetzen und eine entspre-
25 chende Initiative für Fachkräfte in den sozialen, pflegerischen und gesundheitsbezogenen
26 Berufen starten.

27 **Zukunftsorte: ein Konzept für Arbeitsplätze**

28 Industrie braucht Räume und Flächen. In den kommenden Jahren wollen wir die Kompetenz-
29 feldstrategie um unser Konzept der Zukunftsorte erweitern. Hier wollen wir beispielhaft lan-
30 gen Atem beweisen: durch einheitliche Planungen und abgestimmtes Clustermanagement.
31 Wir orientieren uns dabei an Erfolgsbeispielen wie Adlershof, Buch oder Marzahn-Hellersdorf.

32 Schon heute entstehen in Charlottenburg, Dahlem, Oberschöneweide oder nördlich des
33 Hauptbahnhofes in Mitte vielversprechende regionale Wirtschaftskluster rund um Hochschu-
34 len und Industriebetriebe. Dies unterstützen wir. Auch der Flughafen Tegel wird nach seiner
35 Schließung ein strategischer Zukunftsort. Hier soll ein Forschungs- und Industriepark für Zu-
36 kunftstechnologien entstehen.

37 Zukunftsorte brauchen ein professionelles Projektmanagement in enger Kooperation zwi-
38 schen Politik, Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung. Die SPD fördert dabei den
39 fairen Interessenausgleich zwischen Bewohnerinnen und Bewohner und Unternehmen.

40 **Bündnis für den Mittelstand**

41 Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Wir werden Mittelstandsbetriebe in
42 allen Branchen gezielt unterstützen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Mittelstands-
43 politik.

Berlin Partner und die Technologiestiftung Berlin sind die wichtigsten Säulen der Berliner Wirtschaftspolitik. Wir wollen ihre Arbeit verbessern, die Wirtschaftspolitik und Ansiedlungspolitik noch strategischer aufstellen und Förderung aus einer Hand ermöglichen. Dazu werden wir in den kommenden fünf Jahren Berlin Partner und die Technologiestiftung zu einer Agentur für Wirtschafts- und Strukturförderung zusammenfassen und ausbauen.

Ihre Aufgabe wird sein, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, Wertschöpfungsketten strategisch am Standort Berlin aufzubauen, Ansiedlungen zu begleiten und zu fördern und das Standortmarketing im Bündnis mit den Berliner Unternehmen professionell aufzustellen. Die Agentur für Wirtschafts- und Strukturförderung wird dabei eng mit der Tourismuswerbung „visit Berlin“ zusammenarbeiten. Die Agentur für Wirtschafts- und Strukturförderung wird gemeinsam mit dem Unternehmensservice besonders für die vielen kleinen und mittleren Betriebe am Standort Berlin ein verlässlicher Ansprechpartner sein.

Gute Mittelstandspolitik fördert Gründungskultur. Berlin ist heute schon Gründerhauptstadt Deutschlands. Durch effiziente Gründungsförderung, eine Ausweitung von Mikrokreditprogrammen sowie unternehmensnahe Gründungsberatung werden wir das Entstehen neuer Unternehmen zusätzlich unterstützen.

Die Investitionsbank Berlin muss Strukturförderbank sowie Förderer und Partner der Berliner Unternehmen und Selbständigen werden. Wir werden dafür die Kreditprogramme der IBB evaluieren, wo nötig Verwaltungsabläufe verschlanken und den Kundenservice spürbar erhöhen. Das Gesetz über die Investitionsbank Berlin wird mit diesem Ziel überprüft und bei Bedarf überarbeitet.

Die SPD will Berlins Stärken deutlicher hervorheben, um die Stadt im internationalen Wettbewerb weiter nach vorne zu bringen. Wir stärken den Messestandort Berlin durch Erhalt und Umbau des ICC.

Wir stärken Handwerk, Handel und Gewerbe

Handwerk, Handel und Gewerbe sind wichtige Arbeitgeber Berlins. Gemeinsam mit den Kammern werden wir die Rahmenbedingungen für sie weiter verbessern. Die Energetische Sanierung von Gebäuden schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk. Daher werden wir hier nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten einen Schwerpunkt unserer Investitionsplanung legen.

Das Handwerk leistet die größten und wichtigsten Anstrengungen, um jungen Menschen eine duale Ausbildung zu ermöglichen – gerade auch jenen mit Migrationshintergrund. Wir werden das Handwerk bei dieser wichtigen Aufgabe durch Kooperationen zwischen Schule und Betrieb, Patenschaften sowie berufsbegleitende Programme unterstützen.

Moderne Infrastruktur schafft neues Wachstum

Berlin hat eine hervorragende Infrastruktur. Wir werden sie weiter verbessern und ausbauen. Die SPD steht für den Ausbau der Infrastruktur - für neue Verkehrswege, für schnelle Anbindungen an Europa und die Welt sowie für effiziente Netze. Wir werden auch in den kommenden fünf Jahren in die Berliner Infrastruktur investieren und damit günstige Bedingungen für Investoren schaffen.

Gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund realisieren wir bis 2012 das größte Infrastrukturprojekt im Osten Deutschlands - den neuen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg International, benannt nach dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt. Durch eine gute Entwicklung des neuen Flughafens und seines Umfeldes, durch die Verknüpfung mit Adlershof und leistungsstarken Verkehrswegen in die

Stadt, entstehen zehntausende Arbeitsplätze. Wir wollen einen erfolgreichen Airport mit Flugverbindungen in die ganze Welt. Dabei werden wir dafür kämpfen, dass so wenig Menschen wie möglich durch den Lärm der startenden und landenden Flugzeuge belastet werden. Wir wollen eine Lösung auf der Basis der ursprünglichen Planungen.

Im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes, das Wohngebiete und die Innenstadt vom Autoverkehr entlastet, wollen wir die Autobahn A 100 bis zum Treptower Park verlängern. Dies ist eine Maßnahme in einem Gesamtkonzept, das vielfältige Maßnahmen zur umweltfreundlichen Verkehrsentwicklung in Berlin umfasst.

Zudem wollen wir die Anbindung des Wirtschaftsstandortes Berlin u. a. durch folgende Infrastrukturprojekte verbessern: Stockholm, Malmö, Kopenhagen und Berlin werden mittels ICE-Hochgeschwindigkeitsverkehr verbunden. Die Schienenverbindungen von Berlin zu den Ostseehäfen Rostock und Stettin werden auf 160 km/h ausgebaut. Wir werden darauf drängen, dass die neue Nord-Süd-Achse südlich von Berlin nach Wien und Budapest über Dresden und Prag auf 200 km/h ausgebaut wird. Warschau und Berlin müssen zusammenrücken. Daher fordern wir die Verlängerung der bis 2019 in Polen geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecke Warschau-Łódź-Poznań („Y-Projekt“) bis nach Berlin. Wir werden Berlin zum Verkehrsknoten zwischen Nord und Süd sowie Ost und West ausbauen.

Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur. Die SPD will in Berlin Breitbandversorgung mit schnellem Internet sicherstellen. Alle Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch auf Breitband-Internet. Zusammen mit den Telekommunikationsunternehmen werden wir dafür sorgen, dass die ganze Stadt an das schnelle Internet angebunden wird.

Weiterhin werden wir den Glasfaserausbau unterstützen. Breitbandversorgung ist für die SPD auch ein Teil der Wirtschafts- und Strukturförderung. Zukunftsorte der Wirtschaft müssen vorrangig an die schnelle Datenautobahn angeschlossen sein. Wo nötig, werden wir Wege finden, um das Glasfasernetz mit öffentlicher Flankierung auszubauen.

3.2. Stärken stärken: Unsere erweiterte Kompetenzfeldstrategie

Wer wirtschaftlich erfolgreich sein will, muss die Stärken der Wirtschaft stärken. Die Berliner Wachstums- und Kompetenzfelder Biotechnologie/ Biomedizin, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie/ Medien, Optische Technologien/ Mikrosystemtechnik, Verkehr und Mobilität sowie Energietechnik bleiben auch künftig die verlässlichen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte.

Die SPD wird diesen Weg entschlossen fortsetzen, diese Säulen stärken und um konkrete Wertschöpfungsprofile und -ketten erweitern. Wir wollen Zukunftstechnologien fördern und werden Berlin als Standort für Produkte der nachhaltigen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts positionieren. Großes Potenzial sehen wir dabei in den Feldern der nachhaltigen Energie- und Kreislaufwirtschaft, der (Elektro-) Mobilität, Gesundheitswirtschaft und der Gesundheits- und Pflegedienstleistungen sowie der wissens- und innovationsgetriebene Informationstechnologie auch als Grundlage moderner Verwaltung.

Leuchtturm Berliner Gesundheitswirtschaft

Die Charité ist ein Leuchtturm der Wissenschaft. Berlin ist stolz auf diese zentrale Säule der Gesundheitsversorgung und der Forschung. Der SPD-geführte Senat hat in der letzten Legislaturperiode mit insgesamt über 300 Millionen Euro an Investitionsmitteln sichergestellt, dass die nötigen Sanierungen und Investitionen getätigt werden können und die Charité auf eine stabile wirtschaftliche Grundlage gestellt wird.

Die Sanierung des Bettenhochhauses wollen wir in den kommenden fünf Jahren sicherstellen, beginnen und zügig zur Realisierung bringen. Berlin braucht dieses medizinische Zentrum mit internationaler Ausstrahlung, das für erstklassige Versorgung, Ausbildung und Forschungs-kooperation steht. Daher wird die SPD gemeinsam mit der Charité die Wirtschaftlichkeit stärken und die Kooperation mit Berliner Pharma- und Biotech-Unternehmen Standorte stärken.

Den landeseigenen Klinikbetrieb Vivantes hat die SPD zu einem erfolgreichen Unternehmen ausgebaut, das die städtische klinische Gesundheitsversorgung zu exzellenten Leistungen sicherstellt. Zugleich ist Vivantes - auch mit seinen Netzwerken in den arabischen Raum - zu einem internationalen Leuchtturm der klinischen Forschung geworden. Diesen Prozess werden wir weiter unterstützen.

Beide Gesundheitsunternehmen, Charité und Vivantes, sollen die Forschungs Kooperationen mit regionalen, nationalen und internationalen Pharmaunternehmen ausbauen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass diese größten kommunalen Einrichtungen des deutschen Gesundheitswesens enger miteinander kooperieren.

Die SPD wird die Errichtung einer „Medical City“ am Standort Buch vorantreiben, um Kompetenzen in Forschung und Entwicklung zu bündeln. Dadurch fördern wir wissenschaftliche und medizinische Exzellenz, eine bessere Nutzung der Flächen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die SPD wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass Buch einen schnellen und nahen Anschluss an die A 10 erhält.

In Zukunft droht in Gesundheitswirtschaft und –versorgung ein erhöhter Fachkräftemangel. Die SPD tritt dafür ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um akademisches Fachpersonal für Berlin zu gewinnen. Wir müssen uns aber auch vermehrt um Fachkräfte im Pflegebereich bemühen. Vor allem wollen wir die Berufsverweildauer durch angemessene Arbeitsbedingungen erhöhen und das Potential an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser nutzen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und auskömmliche Löhne bekommen, und die Millionen ehrenamtlich Engagierten brauchen Rahmenbedingungen, die das Engagement würdigen und befördern.

Dienstleistungssektor als wichtige Säule der wirtschaftlichen Entwicklung

Der Dienstleistungsbereich hat einen unverzichtbaren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. In diesem Sektor entstehen immer mehr Arbeitsplätze, die für die Berlinerinnen und Berliner attraktiv sind. Allerdings müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Arbeitsplätze gute Arbeit bieten, d.h. Arbeit dauerhaft und zu angemessenen Löhnen. Sie müssen auch eingebettet werden in ein Umfeld, das durch Weiterbildung und Qualifikationsmöglichkeiten sicherstellt, dass diese Arbeitsplätze zukunftsorientiert ausgestaltet werden und für die Menschen, die diese Arbeit tun, auch eine Zukunft bieten.

Personenorientierte Dienstleistungen verbessern: Den Dienst am Menschen ausbauen

Berlinerinnen und Berliner sollen auf eine qualitativ hochwertige daseinsorientierte Infrastruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Vor allem Kranke, Ältere, zu Pflegenden oder Menschen mit Behinderung brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort.

Um ein qualitativ hochwertiges Angebot sicherzustellen, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräften zur Betreuung, Beratung und Pflege von Jung und Alt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die Ausbildung und Weiterbildung sowie die Arbeits- und Beschäftigungssituation derjenigen, die professionell den Dienst am Menschen leisten, zu verbessern.

Zentraler Pfeiler bei der Betreuung und Versorgung von Menschen sind auch die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere bei der häuslichen Pflege brauchen pfe-

1 gende Angehörige mehr und bessere Unterstützung. Die Fürsorge für Angehörige darf gerade
2 für Frauen nicht zur Falle werden, sie überfordern oder in die eigene Altersarmut bringen.

3 Um bestehende Lücken im Versorgungsmanagement zu schließen, wollen wir die Pflegestütz-
4 punkte mit integrierter Pflegeberatung ausbauen und insbesondere die geriatrische Rehabili-
5 tation in mobiler und ambulanter Form fördern.

6 **Tourismus in der Erfolgsspur**

7 Tourismus bleibt ein wichtiges Wirtschaftsfeld für Berlin. Über 20 Millionen Übernachtungen
8 im Jahr sprechen eine klare Sprache. Wir wollen bis 2020 mehr als 30 Millionen Übernachtun-
9 gen in Berlin realisieren. Klaus Wowereit hat mit seinem Engagement im Runden Tisch Tou-
10 rismus für eine kooperative und effiziente Tourismusförderung gesorgt.

11 Die Berlin Tourismus Marketing „visit Berlin“ ist eine erfolgreiche und gut aufgestellte Tou-
12 rismusförderungsagentur. Die SPD wird sie weiter stärken und ihre Zusammenarbeit mit der
13 neuen Agentur für Wirtschafts- und Strukturförderung fördern.

14 Die SPD wird gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, der Berlin Tourismus Marketing „vi-
15 sit Berlin“ sowie den Berliner Hotels und Gastronomen über die Einführung einer „City Tax“
16 beraten. Unser Ziel ist, dass die Einnahmen der „City Tax“ direkt in die Förderung des Touris-
17 mus zurückfließen. So könnte die Tourismuswerbung „visit Berlin“ auf eine stabile und er-
18 folgsabhängige Grundlage gestellt und ausgebaut werden.

19 Wir setzen auf den Ausbau der touristischen Stadtentwicklung. Wir investieren in das Stadt-
20 marketing und können so wichtige Großveranstaltungen für Berlin gewinnen. Wir werden die
21 Anwerbung von Messen und Veranstaltungen durch die finanzielle Stärkung der „visit Berlin“
22 unterstützen. Wir befürworten auch den Bau neuer Hotels und die Schaffung von Übernacht-
23ungsmöglichkeiten in Berlin, werden dabei aber auf stadtverträgliche Konzepte achten.

24 Der Ausbau des Gesundheitstourismus und Fachmessen werden Patienten und medizinische
25 Fachkreise nach Berlin ziehen. Vivantes und die Charité werden dabei unsere Partner sein.

26 **Nachhaltige Technologien und Energie schaffen Arbeit in Berlin**

27 Arbeit und Umwelt sind keine Widersprüche. Die SPD wird aus Umwelt Arbeit schaffen. Dabei
28 werden wir das Berliner Klimaschutzziel konsequent umsetzen.

29 Energie und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze.
30 Unternehmen arbeiten hier führend an den drängenden Problemen unserer Zeit: an einer
31 spürbaren Senkung der CO₂-Emissionen, an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleis-
32 tungen. Berlin ist schon heute die Hauptstadt nachhaltiger Technologien, von der Energieer-
33 zeugung, dem Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität.

34 Die SPD formt Berlin zu einer „Smart City“ - einer Stadt mit intelligenter Steuerung in Berei-
35 chen wie Verkehr, Energie und Verwaltung. So schaffen wir Jobs, verbessern die Information
36 der Bürger und erleichtern ihre Beteiligung an der Stadtgestaltung. Dazu bauen wir die bereits
37 stark aufgestellte Informations- und Kommunikationstechnologie weiter aus. Ein wissen-
38 schaftliches Kompetenzzentrum bündelt Zukunftsthemen wie „Smart Grid“, also ein intelli-
39 gentes Stromnetz, Photovoltaik und hocheffiziente Turbomaschinen.

40 Energieeffizienz ist ein Schlüssel zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Bei unseren
41 Programmen zur Gebäudesanierung werden wir weiterhin den Schwerpunkt auf Energieeffi-
42 zienz legen. Zudem gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien
43 nachhaltig. Auch wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die

1 Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen. Eine
2 wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energie-Agentur spielen.

3 **Verkehr und Mobilität intelligent gestalten**

4 Die SPD setzt auf Mobilität in Berlin. Gute Mobilität für alle ist eine wichtige Voraussetzung
5 für wirtschaftliches Wachstum und das Zusammenleben in Berlin. Gleichzeitig leistet der Öff-
6 fentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wichtige Beiträge für Klimaschutz und Ressourcenschonung.
7 Wer Arbeitsplätze in Berlin schaffen will, muss moderne Mobilität in der Stadt
8 schaffen und erproben. Die SPD will Berlin zur Vorreiterin einer nachhaltigen Stadtentwicklung
9 machen.

10 **Verkehrsmix**

11 Wir bauen dabei auf einen ökologischen Verkehrsmix, regenerative Energien, Ressourceneffizienz
12 und Klimabewusstsein. Die SPD minimiert in Berlin die Belastungen für die Menschen
13 durch die Förderung ökologischer Antriebsarten wie Elektro- und Hybridmotoren.

14 Einen Kulturkampf gegen das Auto lehnen wir ab. Stattdessen sollen durch intelligente Verkehrslenkung
15 insbesondere Wirtschaftsverkehre effektiv und ökologisch verträglich gemacht werden.
16 Intelligente Verkehrslenkung macht den Weg für die "grüne Welle" frei.

17 Wir wollen den ÖPNV ökologischer gestalten. Busse und Bahnen werden auf umweltfreundliche
18 Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien umgestellt.
19 Darüber hinaus betreiben wir gemeinsam mit der BVG weiterhin die Grundsanierung und
20 Qualitätsverbesserung von U- und Straßenbahnen.

21 Wir fördern den Ausbau der Straßenbahn und werden die Tram-Linien zum Hauptbahnhof
22 sowie vom Alexanderplatz bis zum Potsdamer Platz realisieren.

23 Berlin ist Zentrum der Logistik- und Verkehrssystemtechnik. Die SPD wird diesen Wirtschaftsfaktor
24 unterstützen und enge Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft initiieren.

25 Unsere Verkehrsplanung ist umweltfreundlich: Wir fördern Öffentliche Verkehrsmittel, vor
26 allem den schienengebundenen Verkehr, sowie den Fuß- und Fahrradverkehr. Wir wollen,
27 dass unsere soziale Infrastruktur für alle mit dem ÖPNV problemlos zugänglich ist. Dazu gehört
28 ein leistungsfähiges, öffentliches Nahverkehrsangebot, das eine Alternative zum Individualverkehr
29 darstellt.

30 Wir verbessern die Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit im Straßenraum. Wir werden in
31 den kommenden fünf Jahren 50 neue U-Bahnhöfe barrierefrei ausbauen.

32 Die SPD wird die erfolgreiche Fahrradstrategie weiter konsequent umsetzen. Wir wollen den
33 schon hohen Anteil an Fahrradverkehr noch weiter ausbauen. Wir führen das Sonderprogramm
34 „Verbesserte FußgängerInnenüberwege und Barrierefreiheit im Straßenraum“ fort. Mit
35 dem „Masterplan Car Sharing“ schaffen wir 1.000 zusätzliche Plätze im öffentlichen Raum für
36 die gemeinschaftliche Nutzung von Automobilen.

37 In allen Wohnstraßen senken wir die Luft- und Lärmbelastungen so ab, dass die Grenzwerte
38 für gesundheitliche Beeinträchtigungen unterschritten werden.

39 **Berlin als Standort der Elektromobilität**

40 Klaus Wowereit hat den Aufbau Berlins als Zentrum der Elektromobilität vorangetrieben und
41 mit Partnern in der Wirtschaft die Gründung der Agentur für elektrische Mobilität (eMo) an-
42 geschoben. Das Land Berlin strebt mit dem Bund und der Industrie eine Zukunftspartnerschaft
43 E-Mobilität an.

Berlin soll als Hersteller-neutraler Standort in Kooperation mit Industrie, Forschung und Bundesregierung zu einem Zentrum der Mobilität entwickelt werden. Unsere Stadt wird dabei zur Vorreiterin in der Anwendung und zur Anbieterin modernster Antriebs- und Batterietechnik entwickelt. Im Steuerungskreis Industriepolitik wird Klaus Wowereit die Standortwerbung in Abstimmung mit den Partnern der Wirtschaft und Gewerkschaften weiter vorantreiben.

Bis 2020 sollen 100.000 Elektro-Autos in Berlin fahren. Berlin wird damit zum Showroom für Elektromobilität. In Tegel und Tempelhof wollen wir Produktion und Test von Komponenten moderner Antriebe konzentrieren. Die Technische Universität, die Beuth-Hochschule und andere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind dabei wichtige Partner.

Die SPD wird die Lade-Infrastruktur in Berlin für E-Autos im öffentlichen Straßennetz und auch in Tiefgaragen verbessern. Wir werden sicherstellen, dass im Jahre 2020 schnelles Aufladen in allen Teilen der Stadt barrierefrei möglich wird. Dazu werden wir auch Car-Sharing-Modelle unterstützen. Die Bezirke sind gefragt, stadtweite Modelle dafür zu flankieren.

Klimaschutz und Energieeffizienz

Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, betreibt die SPD einen aktiven Klima- und Ressourcenschutz. Wir haben bereits das Berliner Klimaschutzziel definiert und können bis 2020 eine CO₂-Reduktion von 40 % erreichen. Zusätzlich wird die SPD stufenweise den Berliner Klimaplan 2050 umsetzen: Durch ihn wird Berlin 2050 eine nahezu CO₂-freie Stadt.

Schrittweise passen wir unsere Stadt an die Folgen des Klimawandels an. Dazu gehört, das Grün in der Stadt zu erhalten und vor allem in den verdichteten Quartieren auszubauen.

Die SPD hält am Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie fest und will weiter im öffentlichen Bereich prinzipiell keinen Atomstrom verwenden. Um Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zum Durchbruch zu verhelfen, werden wir auch von Berlin aus alles unternehmen, um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke rückgängig zu machen. Dazu wird sich Berlin einer Klage gegen das entsprechende Bundesgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht anschließen.

Wir setzen auf einen Energiemix, damit Energiesicherheit hergestellt ist. Wir erhöhen bei der Stromversorgung schrittweise den Anteil an erneuerbaren Energien und setzen auf die öffentlichen Wohnungen und Liegenschaften als Vorreiterinnen. Bis 2050 muss die Stromversorgung in Deutschland auf Erneuerbare Quellen umgestellt sein. Dafür wollen wir Berlin als Leuchtturm der Energieeffizienz entwickeln. Gemeinsam mit den Partnern am Standort und den betroffenen Arbeitnehmervertretern wird die SPD die dafür notwendigen technischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen vornehmen.

Die SPD formuliert für Berlin das Leitbild der nachhaltigen Stadt. An diesem Leitbild wird die Liegenschafts- und Immobilienpolitik des Senats ausgerichtet. Die Vermarktung und Entwicklung landeseigener Grundstücke muss an ökologischen und nachhaltigen Zielen orientiert sein. Wir geben Investoren verbindliche Auflagen, wie energieeffizientes Bauen, den Einsatz regenerativer Energien oder Entsiegelung des Bodens, vor.

Die Berliner SPD misst der Energiewirtschaft einen hohen Stellenwert zu. Wir wollen die Versorgung der Privathaushalte und der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie sicherstellen. Unsere Energiepolitik werden wir mit den Partnern am Berliner Standort entwickeln. Die Klimapartnerschaften mit den Unternehmen bauen wir weiter aus.

Wir wollen langfristig die Energienetze von Strom, Wärme und Gas in die Kontrolle der öffentlichen Hand überführen. Die Netze als Kern unserer Versorgungsinfrastruktur und Garant der Energiesicherheit müssen dabei in einem guten Zustand erhalten werden. Die Dezentralisie-

1 rung der Energieversorgung ist der Kern, um Monopole zu durchbrechen und wohnortnahe
2 Energieversorgung sicherzustellen.

3 Durch den Aufbau landeseigener Berliner Stadtwerke als Teil der sozialstaatlichen Daseinsvor-
4 sorge werden wir öffentliche Kontrolle über Energienetze ausüben. Deren Aufgaben sind –
5 neben Vertrieb und Erzeugung – Beratungs- und Finanzierungsleistungen für ein effizientes
6 Energiemanagement. Öffentliche Betriebe wie die Berliner Stadtreinigung werden wir in die-
7 sen Prozess einbinden.

8 **Kreatives Wirtschaften**

9 Klaus Wowereit und die SPD haben 2001 die Weichen gestellt, um Berlin zur Hauptstadt der
10 Kreativwirtschaft zu entwickeln. Heute arbeiten allein in der Kreativwirtschaft, in Medien,
11 Musik und Film, der digitalen Wirtschaft und den Kulturberufen über 150.000 Berlinerinnen
12 und Berliner. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Strukturen schaffen, in der
13 sich kreatives Wirtschaften noch besser entwickeln kann. Dazu wird der Senat einen einheitli-
14 chen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft direkt beim Regierenden Bürger-
15 meister schaffen.

16 Das Medienboard Berlin-Brandenburg werden wir weiter finanzieren und gemeinsam mit
17 Brandenburg zur Förderung der Kreativwirtschaft ausbauen. Die SPD wird die Kreativwirt-
18 schaft intensiver in die Berliner Förderprogramme einbeziehen. Brachliegende innerstädti-
19 sche Immobilien sollen kreativwirtschaftlich erschlossen werden.

20 Die SPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruk-
21 tur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem fördern wir die soziale Sicherheit für Kreative
22 und Künstlerinnen und Künstler. Die SPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In
23 den kommenden Jahren wollen wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere
24 soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

25 Die SPD setzt sich dafür ein, die Förderbedingungen für Nachwuchsproduzenten zu verbes-
26 sern. Wir wollen bereits existierende Mikrokreditprogramme und Kreativfonds flexibler ge-
27 gestalten und ausbauen, so dass sie von Kreativschaffenden besser genutzt werden können. Zur
28 Unterstützung der kreditvergebenden Institutionen will die SPD ein jährlich wechselndes Ex-
29 pertenkonsortium einsetzen, das mit Kompetenz und ohne Eigeninteressen bei der Kreditver-
30 gabe berät und begutachtet.

31 Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft bestehen oft kurzfristige Finanzie-
32 rungsbedarfe, die von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen
33 oft nicht abgedeckt werden können. Um die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der
34 Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmer zu stärken, wollen wir für alle Teilbran-
35 chen den Zugang zu Zwischenfinanzierungen erleichtern, wie dies bereits erfolgreich für die
36 Film- und Games-Branche praktiziert wird.

37 Die SPD setzt sich für eine digitale Plattform für Kreativschaffende ein, die über bestehende
38 Rechte und Pflichten informiert. Wir wollen den Dialog erleichtern zwischen der Kreativwirt-
39 schaft und den Behörden.

40 **Film und Fernsehen**

41 Wir wollen Berlin zum Standort Nr. 1 in der Filmproduktion in Deutschland ausbauen. Auf
42 dem Weg dorthin wollen wir den Förderrahmen gemeinsam mit Brandenburg weiter erhö-
43 hen. Die vielfältige Kinolandschaft in Berlin ist ein wichtiger Standortfaktor und unverzichtba-
44 rer Bestandteil der Kulturlandschaft und muss erhalten bleiben. Deshalb ist das Programm zur
45 Umstellung auf digitale Technik in den Programmkinos fortzusetzen. Auch in der Fernsehpro-

1 duktion sollen Entwicklungschancen genutzt werden, etwa durch Bereitstellung innovativer
2 Studioräume.

3 **Rundfunk**

4 Bei der Umstellung der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den haushaltsbezogenen Rund-
5 funkbeitrag unterstützt die SPD das zwischen den Anstalten verabredete Beitragsmoratorium.
6 Für den Strukturausgleich zwischen den Anstalten der ARD muss für die laufende Gebühren-
7 periode eine mindestens vorläufige Lösung gefunden werden, die die vom RBB nicht zu ver-
8 tretenden Befreiungen und Forderungsausfälle ausgleicht.

9 Wir wollen weiter den öffentlich-rechtlichen Rundfunk besonders im Hinblick auf innovative
10 Plattformen und Formate fördern. Dazu soll in den Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg
11 eine klare Rechtsgrundlage eingefügt werden.

12 **Berlin als Stadt der modernen Verwaltung**

13 Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben viel geleistet zur Haushaltskonsolidierung
14 des letzten Jahrzehnts. Durch den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und die Rückkehr in
15 das Tarifgefüge der Länder zeigten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Perspek-
16 tiven auf.

17 Nun kommen neue Herausforderungen auf den Öffentlichen Dienst zu. Der demografische
18 Wandel bedingt, dass mit dem Ausscheiden langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
19 wertvolle Erfahrungen und Sachkenntnisse verloren gehen. Die so entstehende Lücke kann
20 nur schwerlich geschlossen werden. Zunehmender Fachkräftemangel und der Wettbewerb
21 mit dem Bund um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschweren die personelle
22 Rekrutierung. Deshalb brauchen wir neue, zukunftsorientierte Strukturen für die Verwaltung
23 des Landes Berlin.

24 In den kommenden Jahren will die SPD qualitative Verbesserungen erreichen: Wir brauchen
25 eine moderne, innovative Personalentwicklung und eine Offensive für Weiterbildung und
26 Qualifizierung. Nur gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Verwaltung
27 innovativ voran bringen und Zukunftsprojekte umsetzen. Gemeinsam mit den Gewerkschaf-
28 ten und Personalräten wollen wir die Arbeitszeitmodelle überprüfen, um zu einer verbesser-
29 ten Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Öffentlichen Dienst zu gelangen.

30 Parallel soll eine Aufgabenkritik erfolgen, deren Ergebnisse zügig umgesetzt werden. Dies
31 kann dann auch dazu führen, dass bestimmte Bereiche nicht ab- sondern aufgebaut werden.
32 Ziel der SPD ist eine Verwaltungsmodernisierung bis 2020. Wir stellen zwei Bereiche in den
33 Mittelpunkt unserer Bemühungen: die interne Organisation und die Personalentwicklung. In
34 die Gestaltung dieser Entwicklungsprozesse wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
35 über ihre Personalräte und Gewerkschaften verstärkt einbinden und sie so motivieren, an der
36 Weiterentwicklung einer modernen Verwaltung in Berlin mitzuwirken.

37 Die interne Organisationsstruktur wollen wir durch die kritische Überprüfung bislang durchge-
38 führter Modernisierungsvorhaben, den Abbau unnötiger Doppelstrukturen und die gemein-
39 same Organisation gleichartiger Aufgaben, sowie weitere Aufgabenkritik verbessern. Zusätz-
40 lich werden wir vermehrt moderne Controlling- und Steuerungselemente verwenden, flexible
41 Organisationsstrukturen aufbauen und integrative, ressort- und ebenenübergreifende Ar-
42 beitsformen weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz
43 der Verwaltung.

44 Im Rahmen der Personalentwicklung wollen wir eine bedarfsgerechte Einstellungspraxis ein-
45 führen und Rotationsmöglichkeiten intensiver nutzen. Zudem planen wir den Ausbau beste-

hender Weiterbildungsmöglichkeiten. Die SPD setzt sich für ein modernes Personalmanagementkonzept für den Öffentlichen Dienst ein. Wir wollen junge Menschen für den Öffentlichen Dienst begeistern und dort ausbilden. Dabei setzen wir auf eine zielorientierte Personalbedarfsplanung als Antwort auf den demographischen Wandel. Zeitarbeitsverträge werden auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Für Daueraufgaben werden ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen eingesetzt. Zeitarbeitsverträge werden nach diesen Vorgaben befristet.

Die SPD wird sicherstellen, dass die verwaltungsinternen Informations- und Leistungsprozesse durch den weiteren Ausbau informationstechnischer Dienste und Verfahren unterstützt werden. Die Bereitstellung und der Betrieb der dafür erforderlichen Infrastruktur sind ökologisch und ökonomisch nach dem neuesten Stand zu gewährleisten.

Ein starkes Berlin braucht starke Bezirke. Die SPD steht für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Berlin und eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Deshalb werden wir das Prinzip des Wertausgleichs weiter stärken.

Demokratische Politik braucht Entscheidungsspielräume auf der Bezirksebene, denn vor Ort muss eigenverantwortlich gesteuert werden können. Um die Einheitlichkeit der Stadt sicherzustellen, sind bei zentralen Aufgaben Mindeststandards festzulegen, ohne die Spielräume für die bezirkliche Politik dadurch völlig einzuengen.

Politik und Verwaltung sollen sich in besonderem Maße den Kriterien des „Open Governments“, also der weiteren Öffnung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, verschreiben. Wir wollen, dass Informationen und Dienste der Verwaltung umfassend, aktuell, vollständig und barrierefrei online verfügbar gemacht werden. Dies trägt zu mehr Transparenz und Teilhabe bei und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche.

Unsere Verwaltungsmodernisierung wird die Serviceorientierung des Öffentlichen Dienstes nochmals deutlich erhöhen. Für Bürgerinnen und Bürger soll durch einheitliche Anlaufstellen, feste Ansprechpartner und den Ausbau der Bürgerämter die Zusammenarbeit mit Ämtern und Behörden erleichtert werden.

Netz- und Medienpolitik

Berlins digitale Zukunft wird geprägt durch eine sozialdemokratische Netz- und Medienpolitik. Unsere Politik richtet sich auf die Stärkung der Freiheitsrechte im Internet, den Datenschutz und die Wahrung der informationellen Selbstbestimmung. Zusammen mit der Netzgemeinschaft wendet sich die SPD gegen Internet-Zensur.

Die SPD will die Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten stärken. Urheberrechte passen wir an die digitale Welt an und finden einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Produzenten, Verwerter und Konsumenten - dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen. Die Netzneutralität muss gewährleistet sein: Wenn nötig, werden wir eine Bundesratsinitiative starten, um sie rechtlich abzusichern.

Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz ist bundesweit vorbildlich. Wir bauen es aus, wo es nötig ist. Öffentliche Daten, wie zum Beispiel Grunddaten, machen wir soweit wie möglich transparent und richten Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger ein.

Überdies lehnt die SPD Online-Durchsuchungen im Land Berlin ab, bis eine hinreichende rechtliche Grundlage geschaffen ist.

1 Im Bundesrat werden wir uns für eine Überarbeitung des Bundesdatenschutzgesetzes einsetzen.
2 Unternehmen sollen beim Umgang mit Daten klaren Regelungen unterliegen, die die
3 Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektieren. Wenn Firmen über einen längeren
4 Zeitraum persönliche Daten sammeln, sollen diese den Betroffenen im Rahmen eines Daten-
5 briefs jährlich einmal mitgeteilt werden.

6 Die SPD will die Vernetzung Berlins aktiv vorantreiben. Wir entwickeln berlin.de als zentrales
7 Informations- und Kommunikationsportal der Hauptstadt weiter und ermöglichen für Bürge-
8 rinnen und Bürger, für Besucherinnen und Besucher sowie für Unternehmen einen schnelle-
9 ren und direkten Zugang. Möglichst in Kooperation mit berlin.de schaffen wir ein Berliner So-
10 ziales Netzwerk, das Unternehmen, Vereine und Privatpersonen in unserer Stadt vernetzt.

11 Wir werden den Aufbau eines kostenfreien W-LAN-Netzes an zentralen Orten vorantreiben.

12 Wir fördern die Auseinandersetzung mit dem Internet bereits in der Schule. Jedes Kind soll
13 schon in der Schule lernen: „Meine Daten gehören mir.“ Die Rahmenlehrpläne müssen
14 sicherstellen, dass Kindern Chancen und Gefahren im Netz hinreichend vermittelt werden.

15 Um die Ausstattung der Schulen mit Computern zur bedarfsgerechten Medienbildung zu
16 verbessern, bauen wir die Kooperation mit Privaten aus.

17 **Stadt der Wissenschaft**

18 Die Berliner Wissenschaft soll Spitzenleistungen erbringen und gleichzeitig ihrer gesellschaftli-
19 chen Verantwortung gerecht werden. Die SPD will ein gebührenfreies und demokratisches
20 Hochschulwesen. Dazu brauchen wir die Mitbestimmung aller Hochschulmitglieder an den
21 Entscheidungsprozessen.

22 Wir erhöhen die Zahl der Studienplätze, um mehr Berliner Abiturientinnen und Abiturienten
23 die Chance auf einen Studienplatz zu geben und um Berlins kulturelle und ökonomische At-
24 traktivität zu unterstützen. Dies dient auch der Vorbereitung auf erhöhte Schulabgangszahlen
25 im doppelten Abiturjahrgang 2012. Das Hochschulstudium ist ein zentraler Schlüssel für sozia-
26 len Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe. Darum werden wir die Hochschulen für einen wei-
27 teren Bevölkerungskreis öffnen. Berufstätige – auch ohne Abitur – sollen wertvolle Erst- oder
28 Zweitqualifikationen erwerben können. Zudem wollen wir die Kooperation mit Brandenburg
29 weiter ausbauen und Wissenschaftseinrichtungen zusammenführen.

30 Die SPD setzt im Wissenschaftsbereich auf einen weiteren Ausbau und zusätzliche Investitio-
31 nen. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik garantiert dabei weiterhin die Gebührenfrei-
32 heit an den Hochschulen, baut soziale Zugangshürden auf dem Weg zum Studium ab und för-
33 dert gleichzeitig die Spitzenforschung.

34 Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur
35 ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu
36 erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen
37 und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge.

38 Das Lehr- und Lernangebot muss stärker auf die Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden ausge-
39 richtet werden. Wir werden die Entwicklung dualer und trialer Ausbildungs- und Studiengän-
40 ge weiter fördern.

41 Darüber hinaus will die SPD verhindern, dass am Übergang zwischen Bachelor- und Master-
42 studium eine neue Bildungshürde entsteht. Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss
43 echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten - aber auch das Studium in der Masterphase

1 fortsetzen können. Für Berufe, die einen Masterabschluss zwingend voraussetzen, wollen wir
2 eine Garantie auf einen Masterstudienplatz geben.

3 Zudem wollen wir die Qualität des Studiums weiter verbessern. Die Zahl der Studienabbre-
4 cher soll reduziert, die Zahl der Absolventen in den Studiengängen erhöht, die Lebenssituati-
5 on von Studierenden stärker beachtet und die Studiengestaltung reformiert werden. Vor al-
6 lem in den Lehramtsstudiengängen muss die Praxisnähe der Ausbildung verstärkt werden, um
7 angehende Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich auf ihren Beruf vorzubereiten. Um der verän-
8 derten Schulstruktur Rechnung zu tragen, wollen wir die Lehramtsausbildungen harmonisie-
9 ren. Überdies wollen wir das Studentenwerk stärken und die Anzahl von Studentenheimwoh-
10 nungen erhöhen.

11 **3.3 Außenwirtschaftsstrategie und Ansiedlungen für Berlin**

12 Um langfristig wirtschaftlich erfolgreich zu sein, muss Berlin attraktiv für Ansiedlungen sein.
13 Die Wirtschaft der Stadt muss eingebunden sein in den Export und internationale Wertschöp-
14 fungsketten. Gerade für Unternehmen des europäischen, südostasiatischen und arabischen
15 Raumes ist Berlin attraktiv. Dazu hat auch die weltoffene und kreative Ausstrahlung der Stadt
16 erheblich beigetragen.

17 Um diese Entwicklung zu verstärken, strebt die SPD eine neue Außenwirtschaftsstrategie für
18 Berlin an. Um den Außenhandel, die offensive Anwerbung von Unternehmen sowie die Ver-
19 netzung international tätiger Berliner Unternehmen zu koordinieren und zu verbessern, wer-
20 den die bestehenden Angebote zur Anwerbung von Unternehmen aus dem Ausland bei der
21 neuen Agentur für Wirtschafts- und Strukturförderung stärker gebündelt und aufeinander
22 abgestimmt. Neben Standortmarketing und Ansiedlungswerbung sollen auch die internatio-
23 nalen Netzwerke der Berliner Forschungseinrichtungen Träger der Strategie sein.

24 Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen muss der Ausbau der Exportpotentiale der Berli-
25 ner Wirtschaft durch die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund der Bemühungen ste-
26 hen. Eine besondere regionale Bedeutung kommt dabei den mittel- und osteuropäischen
27 Staaten sowie dem asiatischen und arabischen Raum zu. Die erfolgreiche „Oder-
28 Partnerschaft“ Berlins mit drei Bundesländern und vier westpolnischen Wojewodschaften
29 unterstreicht die Bedeutung und das Potential, das in der Kooperation mit unseren osteuro-
30 päischen Nachbarn und insbesondere mit unserem Nachbarland Polen liegt.

31 Die Berliner Unternehmen selbst – und ehemalige Berliner Unternehmerinnen und Unter-
32 nehmer, die sich für Berlin engagieren wollen – sind die Träger der Außenwirtschaftsaktivitä-
33 ten des Landes. Die SPD will sie – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – als Partner der Stadt und
34 „Business Angels“ gewinnen.

35 **3.4 Gute Arbeitsplätze für Berlin**

36 Die SPD will zukunftsfähige Arbeitsplätze – für jede Berlinerin und jeden Berliner. Gute Arbeit
37 ist die sozialdemokratische Antwort auf den Wandel der Wirtschaft. Gerechte und existenzsi-
38 chernde Löhne, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, Aufstiegsperspektiven, Gleichstel-
39 lung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und
40 Beruf stehen im Einklang zur modernen Arbeitsgesellschaft und bilden ihre Grundlage in Be-
41 zug auf die Motivation und die Zukunftsfähigkeit. Die SPD will gemeinsam mit den Gewerk-
42 schaften die Arbeitnehmerrechte stärken. Wir wenden uns gegen ausufernde Leiharbeit, im-
43 mer mehr befristete Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und schlecht bezahlte
44 Praktika.

Wir entwickeln das Ausschreibungs- und Vergabegesetz weiter, um durch den öffentlichen Sektor gute Arbeit fester zu verankern. Bundesweit fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz entsprechend anpassen. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unterstützen wir. Wir setzen uns für eine Reform der europäischen Entsenderichtlinie und des europäischen Vergaberechts ein mit der Verpflichtung, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tariflöhnen sowie weiterer sozialer Kriterien zu binden. Die SPD tritt ein für den Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dies gilt auch und gerade für die Gleichstellung von Leiharbeit mit regulären Arbeitsverhältnissen.

Berlin soll Vorreiterin bei den beruflichen Aufstiegschancen von Frauen sein. Das ist nicht nur gleichstellungspolitisch geboten, sondern erhöht die Attraktivität der Berliner Unternehmen für (weibliche) Fachkräfte und stärkt damit den Wirtschaftsstandort. Bei den landeseigenen Betrieben hat Berlin bereits eine Frauenquote von 50% realisiert. Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode ein **Bündnis für Gleichstellung** mit verantwortungsvollen Berliner Unternehmen abschließen. Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Aufstellung verbindlicher Frauenförderpläne, der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit sowie einer Frauenquote in Aufsichtsräten. Dabei werden sie vom Berliner Senat unterstützt.

Die SPD steht für fairen Wettbewerb. Wir treten allen Formen der Schwarzarbeit entschlossen entgegen und wollen sie eindämmen. Dazu werden wir die Zusammenarbeit der Behörden verbessern. So schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und bewahren die Sozialsysteme vor Missbrauch. Es darf nicht sein, dass durch Schwarzarbeit Wettbewerbsvorteile zu Lasten anderer erzielt werden.

Gute Ausbildung

Gute Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Wir werden die Bekämpfung des Fachkräftemangels in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt unserer Bildungspolitik machen. Die SPD Berlin setzt sich für Verbesserung der beruflichen Bildung und Ausbildung ein. Ausbildung in Berlin muss zum Leuchtturm werden. Unsere Berufsschulen sollen im ganzen Land und bei den Betrieben einen exzellenten Ruf erhalten.

Kein junger Mensch soll ohne Ausbildung bleiben. Wir werden die Zahl der Schulabbrüche in den kommenden fünf Jahren halbieren. Gerade im Öffentlichen Dienst und bei den landeseigenen Betrieben werden wir mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Vorderstes Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen zu verringern, die in „Warteschleifen“ auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Hier wird auch die vollzeitschulische Ausbildung einen wichtigen Teil dazu beitragen müssen, dass alle Jugendlichen, die es wollen, eine abgeschlossene Ausbildung erhalten.

Wir setzen dabei auf die duale Berufsausbildung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung des qualifizierten Nachwuchses. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Verbundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiter zu entwickeln. So können genügend Fachkräfte für Wirtschaft, Gesundheitswesen, Pflege und Jugendeinrichtungen ausgebildet werden.

Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung – gerade für Alleinerziehende – flexibilisieren wir die Öffnungszeiten von Krippen und Kitas und fordern von den Unterneh-

men mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform. Wo nötig werden wir sie gemeinsam mit den Kammern und der Arbeitsagentur dabei unterstützen.

Berliner Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Ausbildung. Dennoch fordern wir mehr Ausbildungsplätze, damit die Wirtschaft ihren eigenen Fachkräftebedarf absichern kann. Dies gilt insbesondere für die Jahre 2012 und 2013, wenn der doppelte Abiturjahrgang eine Perspektive, nicht nur in den Hochschulen, sondern auch auf dem Ausbildungsmarkt, sucht. Bei diesem Vorhaben werden wir kleine und mittelständische Unternehmen, sowie Handwerksbetriebe tatkräftig unterstützen. Mit attraktiven Aufstiegsmöglichkeiten können Unternehmen leistungsstarke Jugendliche an sich binden. Wir appellieren an die Unternehmen, junge Menschen mit geeigneten Maßnahmen zu qualifizieren, anstatt über mangelnde „Ausbildungsreife“ zu lamentieren. Auch behinderten Jugendlichen möchten wir durch berufliche Integration mehr Chancen eröffnen.

Wir sehen besonders am Übergang von Schule in Ausbildung erhöhten Handlungsbedarf. Das unübersichtliche Übergangssystem muss effizienter werden: Niemand soll mehr in der „Warteschleife“ nicht zielgerichtete Maßnahmen durchlaufen! In Zukunft setzen wir auf die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche, die sich bundesweit als sehr förderlich für den Übergang in die Ausbildung erwiesen hat.

Die SPD will Berufsausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in möglichst allen Betrieben erweitern. Der Öffentliche Dienst nimmt hier eine Vorreiterrolle ein. Bei Bedarf sollen Jugendliche und Ausbildungsbetriebe gezielt unterstützt werden. Teilqualifikationen werden wir anrechnen.

Als Partner der Wirtschaft begleiten wir Jugendliche bestmöglich durch die Ausbildung und bieten Hilfestellungen an, auch um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Jede Schule soll eine Patenschaft mit einem Unternehmen eingehen, um die Netzwerke zwischen Schule und Betrieb auszubauen.

Weiterbildung muss gestärkt werden. Wir nehmen die Unternehmen in die Verantwortung, ihre Angestellten dabei finanziell zu unterstützen. Im Sinne des Konzepts Lebenslanges Lernen gilt das gerade auch für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Allen Menschen soll, vor dem Hintergrund ihrer individuellen Berufs- und Lebenserfahrungen, altersunabhängig ein optimaler Bildungsprozess ermöglicht werden. Der Senat soll mit Hochschulen, Wirtschaft, Verbänden und Bildungsträgern weitere branchenspezifische Angebote entwickeln.

Aktive Arbeitsmarktpolitik sorgt für Teilhabe am Aufschwung

Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik muss Chancen erhöhen und Arbeitslosen eine Brücke in den Arbeitsmarkt schaffen.

Wir setzen alles daran, dass wieder mehr Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, und sie am Aufschwung Berlins teilhaben. Dafür stellt die Berliner SPD die Arbeitsmarktpolitik in den kommenden Jahren neu auf. Wir planen eine große Reform der Job-Center, denn sie arbeiten dann erfolgreich, wenn sie bürgernah, effizient und unbürokratisch sind. Die Job-Center in Berlin sollen dezentraler, kleiner und näher am Menschen arbeiten.

Dazu werden wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein „**Modellprojekt für Muster-Job-Center**“ in einigen Bezirken aufstellen. Hier werden die Job-Center in die Kieze verlagert, verkleinert und kundennäher aufgestellt. Modellhaft wird Bürokratie abgebaut und eine persönliche Betreuung sichergestellt. Die Betreuungsschlüssel zwischen Vermittler und Arbeitslosen

1 wird reduziert. Denn dort, wo sich Menschen um Menschen kümmern, gelingt auch die Ar-
2 beitsvermittlung besser.

3 Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch
4 künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Gemein-
5 wohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Denn wir wollen sie zielgenauer ausrichten und
6 den Anteil an Qualifizierung erhöhen, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken in den
7 ersten Arbeitsmarkt eröffnet. Wir wollen neue Modelle der Arbeitsmarktintegration jenseits
8 der bestehenden entwickeln.

9 Unser Ziel sind Arbeitsmarktprojekte, die an bestehenden Einrichtungen ansetzen, Kontakt
10 zum ersten Arbeitsmarkt eröffnen und qualifizieren. Gleichzeitig werden wir die landeseige-
11 nen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für
12 die Gründung von **Dienstleistungsagenturen** ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe
13 und personenbezogene Dienstleistungen. Hier sind beispielsweise Hausmeisterinnen und
14 Hausmeister beschäftigt, die bei Dingen des täglichen Bedarfs helfen und gleichzeitig qualifi-
15 ziert werden. Sie können an Hausverwaltungen und –eigentümer vermittelt werden, um den
16 „Klebeeffekt“ zu erhöhen.

17 Wir wollen mehr Transparenz über besetzbare Stellen und ihre Qualifikationsniveaus auf dem
18 Berliner Arbeitsmarkt schaffen. Dadurch erkennen wir, ob gut qualifizierte Arbeitskräfte ein
19 höheres Qualifikationsniveau belegen können. So werden Arbeitsplätze frei, die von bisher
20 Arbeitslosen nach Einarbeitung oder Qualifizierung belegt werden. Diese Aufrückstrategie
21 kann die steigende Nachfrage nach höherer Qualifikation befriedigen. Wir wollen diese Stra-
22 tegie durch systematische und abgestimmte Qualifizierung für den Arbeitsmarkt flankieren.

23 Außerdem wollen wir, dass mehr Informationen über die Arbeitsbedingungen gemeldeter
24 offener Stellen, das jeweilige Qualifikationsniveau und die Entlohnung nach Tarif oder unter
25 Tarif angegeben werden.

26 Die Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011 ist eine gro-
27 ße Chance für den Arbeitsmarkt in Berlin. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Freiheit
28 nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, sondern alle davon profitie-
29 ren können – Unternehmen wie Beschäftigte. Wir wollen Lohndumping und Ausbeutung ver-
30 meiden und soziale Sicherheit gewährleisten und setzen uns daher für einen gesetzlichen
31 Mindestlohn, gute Beratung insbesondere von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
32 nehmern und eine effektive Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung ein.
33 Die vorbildlichen Initiativen des Berliner Senats zur Bekämpfung von Menschenhandel wer-
34 den wir fortsetzen, den Betroffenen Schutz und Hilfe geben und jede Form der Ausbeutung
35 konsequent verfolgen.

4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle

Die Sozialdemokratie steht für das solidarische Miteinander aller Berlinerinnen und Berliner. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll allen offen stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen viele Politikfelder bearbeitet und vernetzt werden.

Der zweite Schwerpunkt unseres Wahlprogrammes ist Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle. Er hat für uns herausragende Bedeutung. Dieses Querschnittsthema reicht in viele Politiken: die Bildungspolitik an erster Stelle, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gehören eng dazu. Die Stadtentwicklungspolitik, die Gleichstellung, die Politik für Migrantinnen und Migranten ebenso wie die Kulturpolitik leisten wichtige Beiträge, dieses Ziel zu erreichen.

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, wie sie schon in der Sozialraumorientierung und in den „Aktionsräumen Plus“ Realität geworden ist, ist der richtige Weg: Bündelung der Ressourcen im Sozialraum, das Angebot für die Menschen vor Ort bereitzustellen.

Bildung

Für die SPD Berlin hat Bildung weiterhin eine hohe Priorität. Denn nur durch Bildung können Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden. Mit den gebührenfreien letzten drei Kitajahren, den Schulreformen und dem gebührenfreien Studium haben wir schon wesentliche Eckpunkte gesetzt, deren Ergebnisse sich erst in der nächsten Legislaturperiode voll entfalten werden.

Schule

Die SPD steht für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem. Im Berliner Schulsystem wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen. Durch das mit der Einführung der Integrierten Sekundarschule verbundene längere gemeinsame Lernen wird es mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem geben, weil die Sekundarschulen die Voraussetzung dafür bieten, alle jungen Menschen nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern.

Durch die Einführung der Sekundarschule und der Gemeinschaftsschulen haben wir erreicht, dass alle jungen Menschen die Chancen auf ein Abitur erhalten. Individueller Lernerfolg und sozialer Zusammenhalt gehen bei uns Hand in Hand. Durch moderne Schulen, in denen Schulen mit Kitas, Jugendämtern, Sportvereinen, Musikschulen oder Stadtteilinitiativen kooperieren, fördern wir die Integration im Kiez. Berlin ist schon jetzt Vorreiter bei der Ganztagsbetreuung, alle Integrierten Sekundarschulen sind Ganztagsschulen.

Die SPD plädiert daher für einen Berliner Schulfrieden: Mit dem zweigliedrigen Schulsystem aus Sekundarschulen und Gymnasien haben wir endlich eine Schulstruktur, in der alle Kinder optimal gefördert werden und jeden Schulabschluss erreichen können. Die Gemeinschaftsschulen bilden ein zusätzliches Angebot für gemeinsamen Unterricht ab der ersten Klasse. Eltern, Kinder und Lehrkräfte haben nun einen Anspruch darauf, dass Reformen sich entwickeln und wirken. Kein System verträgt neue Strukturreformen in jeder Legislaturperiode. Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode keine neue Schulstrukturreform durchführen. Wir werden aber weiter in die Qualität der Bildungseinrichtungen investieren und wo nötig, zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Auf die Qualität der Sprachförderung werden wir ein besonderes Augenmerk richten.

Spitzenplatz bei Ganztagsschulen weiter ausbauen

Die SPD will das sehr gute Angebot an Ganztagsschulen weiter ausbauen und ein verlässliches Ganztagesangebot für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Nachdem bereits alle Grund-

1 schulen und Sekundarschulen Ganztagschulen sind und in jedem Bezirk ein Ganztagsgymna-
2 sium eingerichtet ist, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode den flächendeckenden
3 Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Ganztagschulen sollen stärker mit freien Trägern
4 der Jugendhilfe kooperieren, um die Bildungsprogramme für die Kinder zu verbessern. Alle
5 Schülerinnen und Schüler erhalten ein attraktives und mit Zuschüssen realisiertes Essensan-
6 gebot. Hortplätze für die fünften und sechsten Klassen sollen, wenn von den Eltern ge-
7 wünscht, künftig ohne Bedarfsprüfung vergeben werden.

8 Wir werden das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm weiter fortführen.

9 **Schulsozialarbeit und Schulpsychologie werden gestärkt**

10 Wir stärken die Schulsozialarbeit durch ein „Programm Soziale Schule“. Wir wollen an allen
11 Schulen - mit einem Anteil von mehr als Zweidrittel von der Zuzahlung zu den Lernmitteln
12 befreiter Eltern – Sozialpädagoginnen und -pädagogen einsetzen. Das Konzept zur inklusiven
13 Schule soll schrittweise umgesetzt werden.

14 Die SPD will in allen Schulformen die praktische Bildung und das duale Lernen stärker einbin-
15 den. Wir werden die Kooperation mit den Unternehmen und Betrieben vertiefen, um noch
16 mehr lernförderliche Praktika anbieten zu können. Zudem wollen wir junge Frauen weiterhin
17 ermutigen, auch in technische Ausbildungsgänge zu gehen.

18 Unsere Oberstufenzentren sind in Berlin Kompetenzzentren: Wir werden sie weiter stärken!

19 Der Aspekt der kulturellen Bildung und die damit einhergehende Entwicklung kreativer Kom-
20 petenz soll an den Schulen stärker hervorgehoben werden.

21 **Den Lehrerberuf stärken**

22 Die Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind der Rückhalt unseres Schulsystems. Dort wo moti-
23 vierte und tatkräftige Lehrkräfte arbeiten und lehren, sind die Kinder in der Schule gut aufge-
24 hoben.

25 Die SPD wird sich dafür einsetzen, für mehr Qualität an den Schulen die Lehrerbildung zu re-
26 formieren. Wir wollen der Vereinheitlichung der Schulstruktur Rechnung tragen und den Pra-
27axisbezug vertiefen. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen für Lehrerinnen und Leh-
28rer einführen. Auch Fortbildungsangebote müssen sich noch stärker an den Bedürfnissen der
29 Schulen ausrichten. Jede Schule erhält ein eigenes Fortbildungsbudget.

30 Fortbildungsangebote zur Individualisierung von Unterricht werden wir qualitativ und quanti-
31tativ ausbauen, auch um die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht für Kinder mit
32und ohne Behinderungen zu schaffen, wie es die UN-Konvention über die Rechte Behinderter
33vorsieht.

34 **Kinder-, Jugend- und Familienpolitik**

35 Die SPD will Berlin als Stadt der Kinder und Familien weiterentwickeln: Die Vereinbarkeit von
36 Beruf und Familie ist uns ein zentrales Anliegen. Wir verbessern die gesellschaftlichen und
37 gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin und unterstützen die Berliner Wirtschaft dabei,
38 Familienfreundlichkeit als Unternehmensfaktor zu realisieren.

39 **Familien stärken. Durch Ausbau von Betreuung und frühkindlicher Bildung**

40 Wir werden das Kitaangebot weiter ausbauen: Bis 2013 wird jedes Kind einen bedarfsunab-
41hängigen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita ab dem dritten Lebensjahr
42 erhalten. Damit wir genügend Kitaplätze in Berlin bereitstellen können, werden wir ein An-

1 reizsystem zur Gründung von Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft entwickeln und
2 umsetzen.

3 Die SPD tritt dafür ein, dass Kinder möglichst frühzeitig den Zugang zu Bildungsangeboten
4 finden. Daher werden wir intensiv für den Kitabesuch werben, dies in Zukunft auch mehrspra-
5 chig. Wir setzen auf kultursensible Werbung, um die Familien zu erreichen, die bisher ihre
6 Kinder zu Hause betreuten.

7 Besonders wichtig ist die Sprachförderung. Daher wird die SPD unter dem Motto „Frühes För-
8 dern“ die Sprachtests ausweiten, um Sprachkompetenz zu stärken und damit Bildungschan-
9 cen zu verbessern. Jedes Kind soll zwei Sprachtests vor Schuleintritt durchlaufen: den ersten -
10 wie bisher - im Alter von vier Jahren, um Art und Umfang des Förderbedarfs festzustellen; den
11 zweiten kurz vor Schulbeginn im Rahmen der Einschulungsuntersuchung. Hierfür muss der
12 Sprachteil der Einschulungsuntersuchung weiter entwickelt werden, um aussagekräftigere
13 Daten über die Sprachkompetenz der Kinder zu erhalten, die dann sowohl an die Kinderta-
14 gesstätten rückgemeldet als auch an die Schulen vermittelt werden sollen. Ist bei einem Kind
15 Sprachförderbedarf festgestellt worden, soll zukünftig die dreistündige Förderung am Tag auf
16 fünf Stunden im Rahmen eines verpflichtenden Kitabesuchs ausgedehnt werden.

17 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln – Flexibilität ausbauen**

18 Wir richten spezielle Familienzentren an rund 200 Kitas ein, die koordinierte Beratung und
19 Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier ei-
20 nen erhöhten Bedarf. Parallel dazu bauen wir ein Familien-Informationen-Portal im Internet
21 auf.

22 In einem zweijährigen Modellversuch sollen ausgewählte Kitaträger Tagesmütter und -väter
23 in ihrer Kita anbieten. Durch sie können die Kitas flexiblere Angebote der ergänzenden Tages-
24 betreuung unterbreiten. Damit gehen wir einen weiteren Schritt in der Verbesserung der Ver-
25 einbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen die Bedarfsprüfung in den Kitas abschaffen, da-
26 mit alle Kinder die Möglichkeit ganztägiger Förderung erhalten.

27 Die SPD setzt sich dafür ein, die Kinderbetreuung in Berlin flexibler zu gestalten. Durch den
28 Ausbau von Kitas verbessern wir die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Wir stellen
29 sicher, dass viele Kitas in Berlin weiterhin Öffnungszeiten von bis zu 12 Stunden anbieten
30 können. Um den Betreuungsbedarf außerhalb der Kitaöffnungszeiten abdecken zu können,
31 wollen wir vermehrt auf Angebote der ergänzenden Tagespflege setzen. Der Ausbau der Fle-
32 xibilität in der Kinderbetreuung ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung.

33 **Alleinerziehende direkt und vor Ort unterstützen**

34 Die SPD will in allen Bezirken das Konzept „Bürgeramt Familie“ umsetzen. Familien sollen hier
35 zu allen sie betreffenden Fragen von der Kindesbezogenen Unterstützungsleistung bis zur
36 Pflege von Angehörigen beraten werden. Gleichzeitig soll für die Zielgruppen auch eine In-
37 formationsplattform im Internet bereitstehen.

38 Besonders für junge, von Überforderung bedrohte Familien sollen die bestehenden frühen
39 Hilfen ausgebaut und mit Familienbildungs- und Erholungsangeboten ergänzt werden. Außer-
40 dem sichern wir niedrigschwellige Beratungsstellen und erfolgreiche Projekte in diesem Be-
41 reich. Die Hotline Kinderschutz soll mehrsprachig erweitert werden.

42 **Kindeswohl in den Mittelpunkt**

43 Das Kindeswohl steht für die SPD im Mittelpunkt des Handelns. Deswegen werden wir die
44 Rahmenbedingungen für Adoptionen und Pflegeeltern verbessern, damit die Zahl derjenigen

1 Kinder weiter sinkt, die nicht in einer Familie aufwachsen können. Dies gilt auch für gleichge-
2 schlechtliche Lebensgemeinschaften.

3 Wir wollen die rechtliche und soziale Situation aller Kinder in Berlin verbessern. Das Recht auf
4 Bildung steht allen Kindern zu, unabhängig vom Verhalten ihrer Eltern. Darum setzt sich die
5 SPD dafür ein, für alle Kinder das Recht auf Bildung in der Verfassung zu verankern.

6 Eine lebendige Jugendarbeit gehört zum festen Bestandteil einer innovativen Berliner Bil-
7 dungslandschaft. Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sind dafür zu erhal-
8 ten und weiterzuentwickeln.

9 Die SPD will insbesondere Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken. Sie sollen Konzep-
10 te entwickeln und sich so auf die durch Ganztagsschulen veränderte Situation einstellen. Die
11 weitere Entwicklung der Kooperation von Schule und Jugend innerhalb der sozialräumlichen
12 Bezüge wird die Arbeit der Ganztagsschulen prägen.

13 Wir wollen dabei die Jugendverbände ermutigen, sich an der Gestaltung von Ganztagsschulen
14 zum Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen. Ehrenamtliches Engage-
15 ment von Kindern und Jugendlichen möchten wir anerkennen, indem wir die Ehrenamts-card
16 für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln.

17 **Weiterbildung und Lebenslanges Lernen**

18 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen sind Grundpfeiler einer modernen Wissensgesell-
19 schaft. Gerade die staatlich verantwortete und geförderte Weiterbildung sichert die Teilhabe
20 auch für Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen und festigt die soziale Integration.

21 Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für das demokratische Engagement mög-
22 lichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Die SPD will politische Bildung für möglichst alle Bevöl-
23 kerungsgruppen zugänglich machen. Gerade in einer Stadt der Vielfalt, wo Menschen unter-
24 schiedlichster sozialer und ethnischer Herkunft zusammenleben, kann so das Verständnis von
25 komplexen gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen geschärft werden.

26 Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der politischen Bildung: Volkshochschulen,
27 Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit diesen Trä-
28 gern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit
29 weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins und
30 ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische Par-
31 tizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

32 Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen
33 Anforderungen entsprechend weiter entwickelt werden. Musikschulen müssen in die Breite
34 wirken, sie müssen auch die Kinder erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ih-
35 rer kulturellen Bildung unterstützt werden können.

36 Hierzu bedarf es sicherer Rahmenbedingungen in allen zwölf Bezirken. Deswegen sind eine
37 gesamtstädtische Steuerung und eine verbindliche überbezirkliche Zusammenarbeit notwen-
38 dig. Wir wollen deswegen ein gemeinsames Steuerungsgremium von Senat und Bezirken ein-
39 richten. Die Berliner SPD wird eine landesweite Alphabetisierungskampagne der Berliner
40 Volkshochschulen initiieren.

41 **Integrations- und Aufstiegschancen**

42 Die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen macht die Attraktivität Berlins als tolerante Stadt
43 aus. Die SPD bekennt sich als Berlin-Partei zu einer von Migration geprägten modernen Stadt-
44 gesellschaft, in der sich Migrantinnen und Migranten einbringen und sich integrieren.

Wir wollen einen Mentalitätswechsel im Umgang mit Zuwanderung hin zu einer Kultur der Anerkennung. Wir treten ein für die Achtung des kulturellen Selbststimmungsrechtes. Individuelle Lebensstile finden ihre Grundlage und Begrenzung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die SPD unterstützt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Unser Ziel ist eine soziale Integration und Partizipation aller Bevölkerungsgruppen in Berlin. Bei Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund können kulturelle Prägungen, sprachliche Barrieren und Diskriminierung Integration und Partizipation erschweren. Deshalb wollen wir hier besondere integrationsfördernde Angebote bereitstellen.

Zielgerichtete Unterstützung

Arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir in eine Beschäftigung bringen, die ihnen eine qualifikationsgerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dazu setzen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik fort, die verschiedenen Qualifizierungsniveaus gerecht wird. Wir wollen zielgerechte Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen leisten und unterstützen das Modell der anonymisierten Bewerbungen, damit nicht Herkunft, sondern Qualifikation das einzige Einstellungskriterium ist. Zudem treten wir für die sofortige Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

Wir wollen aktiv gegen die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten vorgehen. Dazu brauchen wir hohe arbeits- und sozialrechtliche Standards und Integrationsmaßnahmen.

Die Entsendung von Arbeitskräften und die Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU dürfen nicht zu einem Abbau von Arbeitnehmerrechten und Lohndumping führen. Tarifvertragliche Regelungen in den Mitgliedsländern dürfen nicht unterlaufen werden.

Im schulischen Bereich unterstützen wir den Ethikunterricht, da hier der Umgang mit verschiedenen Wertvorstellungen vermittelt wird. Zusätzlich wollen wir eine stärkere Thematisierung von Deutschland als Einwanderungsland im Unterricht. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, das Recht auf Bildung auch Kindern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewährleisten und ihnen einen Zugang zu staatlichen Schulen zu ermöglichen. Wir erweitern die Angebote für Sprachförderung für Eltern an Volkshochschulen und bieten mehr spezielle Mütterkurse an.

Wir wollen die interkulturelle Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärken. Wir treten ein für die Schaffung eines staatlichen Lehrstuhls für islamische Theologie zur Ausbildung muslimischer Religionslehrer und -lehrerinnen.

Im Gesundheitsbereich wollen wir durch niedrigschwellige Angebote in dezentralen Einrichtungen einen chancengerechten Zugang ermöglichen. Darüber hinaus brauchen wir eine kultursensible Ausrichtung von ambulanten und stationären Einrichtungen.

Flüchtlingspolitik

Die SPD tritt für eine nachhaltige und humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Sie muss besser auf besonders verletzte Gruppen wie Minderjährige und ältere Menschen abgestimmt werden. Wir wollen, dass Familien in die Bleiberechtsregelung bei Minderjährigen einbezogen werden, damit sie nicht auseinandergerissen werden. Auch wollen wir die Wohnungssituation der Asylbewerber verbessern. Die Residenzpflicht darf Asylsuchenden nicht den Zugang zum Arbeitsmarkt verbauen.

Darüber hinaus wird die SPD Menschen ohne Papiere durch die Einführung eines anonymisierten Krankenscheins den Zugang zur Gesundheitsversorgung erweitern. Auch erwägen wir

1 die Einbringung einer Initiative in den Bundesrat für eine Amnestie für Menschen ohne Papiere in Deutschland.

3 **Stadt der Toleranz**

4 Die SPD wird die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ auswerten und weiterentwickeln. Wir werden Einrichtungen, Projekte und Angebote in
5 Aufklärung, Beratung und Opferhilfe ausbauen. Es bedarf einer weitergehenden Sensibilisierung bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden bei homophoben Straftaten. Opfer vorurteils-
6 motivierter Straftaten sollen unterstützt und zu Anzeigen ermutigt werden.

9 Wir werden „Streetworker“ einsetzen, um Homophobie in Stadtteilen mit einer schwierigen
10 Sozialstruktur frühzeitig zu bekämpfen. Wir unterstützen Konzepte, die gewährleisten, dass
11 Menschen auch im Alter ihre sexuelle Identität diskriminierungsfrei leben können. Hierbei
12 denken wir etwa an die Einrichtung von speziellen Seniorenheimen, Seniorenwohnhäusern,
13 Pflegediensten oder Mehrgenerationenhäusern.

14 Darüber hinaus werden wir weitere Bundesratsinitiativen mit dem Ziel des Abbaus von Be-
15 nachteiligungen und Diskriminierungen anstoßen. Die Berliner SPD wird sich weiterhin an
16 Veranstaltungen beteiligen, um die Mehrheitsgesellschaft für die Anliegen von Lesben,
17 Schwulen, Intersexuellen und transidenten Menschen zu sensibilisieren.

18 Berlin soll weiterhin eine Stadt der Vielfalt und des friedlichen Zusammenlebens von Men-
19 schen aller Lebensweisen sein. Die SPD will diese gelebte Toleranz fördern, indem sie

20 die Ehe mit allen Rechten und Pflichten für Paare gleichen Geschlechts ermöglicht und diese
21 der Ehe von Paaren unterschiedlichen Geschlechts vollständig gleichstellt. Wir setzen uns da-
22 für ein, dass als erster Schritt dahin das Adoptionsrecht für Paare gleichen Geschlechts einge-
23 führt wird. . Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedarf es eines engen Zusammenwirkens mit
24 den zuständigen Institutionen auf Bundesebene.

25 **Gleichstellung von Frauen**

26 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt
27 und die Zukunft Berlins. Die erfolgreiche und vorbildliche Politik des Berliner Senats werden
28 wir fortführen, damit Frauen und Mädchen in Berlin in allen Bereichen der Gesellschaft die
29 gleichen Chancen haben und die Gleichstellung umfassend verwirklicht wird. Spezielle Frau-
30 en- und Mädchenprojekte sowie –einrichtungen und Beratungsstellen werden wir weiter för-
31 dern und gezielt unterstützen. Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vor-
32 gehen. Jede Frau in Berlin hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von
33 Angst. Jede von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf
34 schnelle Unterbringung in einem sicheren Haus erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser
35 werden wir sicherstellen.

36 **Partizipation**

37 Berlin hat große Erfahrung in partizipativen Prozessen, formellen und informellen. Seit den
38 siebziger Jahren werden Beteiligung und Partizipation hier gelebt, von Beiräten in Sanierungs-
39 gebieten über Betroffenenvertretungen und Spielplatzkommission bis zum Bürgerhaushalt.
40 Die SPD sieht in einer weiteren Stärkung partizipativer Ansätze und Verfahren auf verschiede-
41 nen gesellschaftlichen Ebenen ein hohes Potential zur Aktivierung der Bevölkerung und zur
42 Stärkung von Teilhabe. Bürgerbegehren und Volksbegehren wurden bereits in die Verfassung
43 aufgenommen.

Aber auch Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind, haben eine große Bedeutung: Deshalb müssen bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements z.B. Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen unterstützt werden, um die Identifikation der Menschen mit der Stadt und ihrer Lebensumgebung zu stärken. Besonders geeignet sind Modelle, in denen Bürgerinnen und Bürger nicht nur beteiligt werden, sondern selbst entscheiden und Verantwortung übernehmen wie in den Quartiersmanagement-Gebieten. Auch große und längerfristige Projekte wie Tempelhof oder die Internationale Bauausstellung werden in partizipativen Verfahren entwickelt.

Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche stärker an allen sie betreffenden Fragen der Politik beteiligt werden. Dazu entwickeln wir ein Gesamtkonzept für Kinder- und Jugendbeteiligung. Junge Menschen sollen durch Initiativen und Angebote befähigt werden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Bezirken Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendbüros eingerichtet werden. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus trägt diesem Anspruch Rechnung.

Kultur

Die SPD setzt sich dafür ein, die einmalige Kulturlandschaft Berlins zu erhalten und zu pflegen. Berlin hat in Deutschland die höchste Dichte an qualitativ hochwertigen Opern, Theatern, Museen, Literaturhäusern, Gedenkstätten, Chören und Orchestern und eine sehr dynamische Tanzszene.

Der Bau des Humboldt-Forums auf dem Schlossplatz ist das bedeutendste kulturpolitische Projekt des Bundes in seiner Hauptstadt. Die SPD steht zu den finanziellen Verpflichtungen Berlins. Wir erwarten von der Bundesregierung, noch 2011 mit den Bauarbeiten zu beginnen. Wir werden uns stark bei der inhaltlichen Gestaltung des Humboldt-Forums einbringen.

Zeitgenössische Kunst

Zeitgenössische Kunst aus Berlin ist weltweit bekannt. Die Zahl der hier lebenden und arbeitenden bildenden Künstler aus aller Welt wächst weiter.

Kultur ist heute Standortfaktor für Berlin und seine wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die Attraktivität Berlins als Tourismus-Metropole basiert wesentlich auf dem kulturellen Reichtum. Dazu leistet besonders die lebendige und innovative freie Szene der Stadt ihren Beitrag. Unsere Kulturpolitik wendet sich verstärkt der freien Szene zu. Wir fördern die Infrastruktur und existenzsichernde Einkommen für Künstlerinnen und Künstler.

Die SPD Berlin wird Kulturpolitik integrativer gestalten, um dem internationalen und multikulturellen Charakter der Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Die Kultureinrichtungen sollen das zu einem Schwerpunkt ihrer programmatischen Arbeit, ihrer Publikumsentwicklung und ihrer Personalpolitik machen. Darüber hinaus wollen wir eine Kultur der Anerkennung, um Ausgrenzungen von Minderheiten und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Erinnerungskultur

Die Geschichte Deutschlands, vor allem auch die dunklen Seiten der deutschen Geschichte, spiegelt sich in Berlins Entwicklung deutlich wider. Im Jahr 2013 werden wir mit Blick auf den 80. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten und den 75. Jahrestag der Reichspogromnacht ein kulturelles Schwerpunktthema setzen. Der Anteil der jüdischen Berlinerinnen und Berliner und anderen Verfolgtengruppen der NS-Zeit an der Entwicklung unserer Stadt soll erfahrbar gemacht werden. Diese Informationen wollen wir dauerhaft erschlie-

ßen und international zugänglich machen, u. a. mit Veranstaltungen und einem neuen Internetportal. So setzen wir ein Zeichen für die kulturelle Vielfalt, die heute wieder unsere Stadt auszeichnet.

Im Jahr 2011 wird mit dem 50. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August der Teilung unserer Stadt gedacht. Mit der Weiterentwicklung des Gedenkkonzepts Berliner Mauer und der Erinnerung an die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni, mit dem 60. Jahrestag 2013, werden wir weiterhin die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrechtsregime suchen und fördern. Dabei ist auch die Gedenkstätte Hohenschönhausen wichtiger Ort der Erinnerung und der Information.

Wir wollen das Netz von Erinnerungsorten in Berlin ausbauen und ein Nutzungskonzept entwickeln, dem die Leitidee der Ächtung jeder Form von Diskriminierung zugrunde liegt.

Die SPD lehnt jede Form von Rechtsextremismus entschieden ab. Wir setzen das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ fort.

Die Berliner SPD fordert überdies die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzeptes, das sich aus Mitteln des Hauptstadt-Kultur-Fonds finanziert. Hier denken wir vor allem an die Gestaltung eines postkolonialen Erinnerungsortes Afrikanisches Viertel. Außerdem treten wir für eine baldige Fertigstellung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma ein.

Zukunft der Bibliotheken: „Tempelhofer Stadt des Wissens“

Die SPD Berlin tritt ein für die Schaffung einer Stadt des Wissens auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Als Kern dieses Campus der Kreativität und des Wissens werden wir einen Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek errichten. Dieses neue Haus der Kultur, Bildung und Integration wird ein wegweisendes kulturelles Symbol sein. Es wird eine Zukunftswerkstatt für ein Berlin des Wissens. Wir wollen einen Raum für das Gedächtnis der Stadt schaffen und die Bücherbestände des Landes schrittweise digitalisieren, damit sie weltweit und in Echtzeit nutzbar sind. In dieser Stadt des Wissens sollen zudem kreative Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen angesiedelt werden.

Die öffentlichen Bibliotheken in Berlin sind eine wichtige Bildungs- und Kultureinrichtung. Wir werden die Modernisierung der Bibliotheken weiter voranbringen und sicherstellen, dass eine dezentrale Versorgung weiterhin berlinweit gewährleistet wird.

Wir werden die Anzahl der Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulen und den Bibliotheken zur Leseförderung und zum Erwerb von Medienkompetenzen erhöhen, in dem wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Sport und Vereinsförderung

Wir bewegen Berlin. Die SPD wird das Schul- und Sportstätten- und das Bädersanierungsprogramm uneingeschränkt fortführen. Auch werden wir die entgeltfreie Nutzung der Sportflächen des Landes Berlin als wichtiges Element der Sportförderung erhalten.

Die SPD bleibt ein verlässlicher Partner für den Sport. Sporteinrichtungen erhalten finanzielle Planungssicherheit durch den Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols und die Festschreibung der Lottomittel. Durch einen Sportpakt sichern wir den Berliner Sport dauerhaft ab.

Regelmäßiger Sport und Bewegung sind Voraussetzung für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung. Gemeinsamer Sport im Verein ist gut für das soziale Miteinander und stärkt den Teamgeist. Hier wird Integration gelebt. Sport im Verein darf nicht von sozialer oder kultureller Herkunft abhängen.

Wir stärken die Sportvereine, indem wir die Kooperationen der Sportvereine insbesondere mit den Sekundarschulen weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Schulen und Vereine bei der Entwicklung neuer Kooperationsformen unterstützen und dazu eine ausreichende finanzielle Ausstattung für Sekundar- aber auch für Grundschulen sicherstellen. Das Vereinsinvestitionsprogramm unterstützt Vereine auch weiterhin bei Kauf, Errichtung und Unterhalt von Sportanlagen. Darüber hinaus wollen wir den selbstorganisierten Sport stärken, den rund eine Million Berlinerinnen und Berliner bereits betreiben.

Die SPD Berlin setzt auf die Entwicklung des Spitzensports. Wir wollen den Eliteschulen des Sports klare Perspektiven bieten, damit sie die Förderung leistungssportlich trainierender Schülerinnen und Schüler weiterführen und bei nationalen und internationalen Wettkämpfen auch künftig glänzen.

Ehrenamt fördert Integration und Zusammenhalt

Die SPD Berlin will bürgerschaftliches Engagement noch stärker fördern. Dafür werden wir öffentlich werben, gerade auch bei Jugendlichen. Die Einführung von FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr)-Einsatzstellen an Schulen und die Zusammenarbeit mit Jugendfreiwilligendiensten, die unbürokratische Unterstützung der Jugendlichen, z. B. durch Fahrtkostenreduzierung und Gebührenbefreiung, sind wichtige Elemente, frühzeitig einen Sinn für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu gehört auch die Umsetzung des vom Land Berlin und dem Jugendring beschlossenen Abkommen für die Jugend. Wir möchten dabei auch und gerade das Engagement der Ehrenamtlichen in den Freiwilligen Feuerwehren würdigen, welche einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr leisten.

Innere Sicherheit in Berlin gewährleisten

Gesellschaftliche Teilhabe braucht auch fördernde Rahmenbedingungen:

Sicherheit zu gewährleisten ist für uns Sozialdemokraten eine zentrale staatliche Aufgabe. Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vorgehen. Dabei sind Prävention und vorbeugende Verbrechensbekämpfung von herausragender Bedeutung. Wir wollen Straftaten dadurch verhindern, dass möglichst frühzeitig kriminelle Strukturen aufgedeckt werden - zum Schutz vor Gewalt, organisierter Kriminalität oder gar Terror.

Dabei werden wir die nötige Balance zwischen notwendigen Eingriffen des Staates und dem Schutz der Freiheitsrechte wahren. Wir lehnen deshalb die von konservativer Seite geforderte Ausweitung von Polizeibefugnissen ebenso ab, wie eine Vermischung von Befugnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Um vorbeugend, aber auch strafverfolgend erfolgreich zu sein, werden wir für eine angemessene und moderne Polizeiausstattung sorgen. Einen Stellenabbau bei der Polizei lehnen wir ab. Daher wird die Berliner Polizei in ihrer bisherigen Größe von mehr als 16.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten erhalten. Die Stellen von ausscheidenden Polizeibeamtinnen und -beamten werden umgehend durch Neueinstellungen wiederbesetzt.

Die Berliner Polizei hat sich zu einer modernen Großstadtpolizei entwickelt, die in vielem Vorbild für andere Bundesländer ist. Sie arbeitet effektiv, bürgernah und mit einer hohen Aufklärungsquote. So ist die Kriminalitätsbelastung in den vergangenen Jahren weiter gesunken.

Mit ihrer differenzierten Einsatzstrategie der ausgestreckten Hand ist es ihr gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gelungen, die Gewalt am 1. Mai zu begrenzen und zu vermindern. Diese erfolgreiche Strategie der Deeskalation werden wir fortsetzen. Mit der Kennzeichnung von Polizeibeamten wird die Arbeit der Polizei noch bürgernäher. Als Schutzmaßnahme für die

1 Beamtinnen und Beamten werden wir - wo nötig - die Melderegisterauskunft beschränken
2 oder sperren.

3 **Jugendkriminalität**

4 Zur Bekämpfung der Kriminalität bei jugendlichen Intensiv- und Schwellentätern werden wir
5 unsere erfolgreichen Konzepte zur Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei konsequent
6 fortführen. Das Neuköllner Modell zur beschleunigten Anwendung des vereinfachten Jugend-
7 verfahrens wird auf die ganze Stadt ausgedehnt werden.

8 Wir wissen, dass nur eine schnelle und koordinierte Reaktion von Polizei und Justiz, aber auch
9 Schule und Erziehungsbehörden die Jugendlichen vor einem Abgleiten in Kriminalität bewah-
10 ren kann. Eine Senkung des Strafmündigkeitsalters lehnen wir als ungeeignet ab. Notwendige
11 Erziehungsmaßnahmen müssen aber in Einzelfällen auch durch eine verbindliche Unterbrin-
12 gung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

13 **Strafvollzug**

14 Anknüpfend an unsere Gesetze zum Jugendstrafvollzug und zum Untersuchungshaftvollzug
15 werden wir auch den Erwachsenenstrafvollzug im Sinne der Resozialisierung und des Schutzes
16 der Bevölkerung gesetzlich neu regeln. Für einen modernen und effektiven Strafvollzug bauen
17 wir die Justizvollzugsanstalt Heidering. Damit eröffnen wir den Spielraum, um die aus der Kai-
18 serzeit stammenden Justizvollzugsanstalten in Tegel und Plötzensee zu entlasten und umzu-
19 gestalten.

20 **Justiz/ Gerichte**

21 Wir werden die Modernisierung von Ausstattung und Organisation der Gerichte fortsetzen,
22 denn eine zuverlässig und schnell funktionierende Justiz ist auch ein Standortfaktor.
23 Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, nicht unzumutbar lange auf eine Entscheidung warten zu
24 müssen.

25 Berlin bleibt eine weltoffene und tolerante Metropole. Unterschiedliche Kulturen und Le-
26 bensentwürfe haben hier ihren Raum. Individuelle Freiheit und Respekt vor dem anderen sind
27 aber untrennbar miteinander verknüpft. Deshalb gehen wir weiter konsequent gegen jede
28 Form von Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus vor. Wir werden uns weiter für
29 das überfällige NPD-Verbot einsetzen.

30 **Gesundheitspolitik**

31 Berlin ist eine Gesundheitsmetropole. Alle Menschen haben hier Zugang zu guter Versorgung,
32 die nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen ist. Diese Versorgung trägt entschei-
33 dend zur Berliner Lebensqualität bei. Die SPD steht für eine moderne und präventive Gesund-
34 heitspolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Besonders sozial Benachtei-
35 ligte wollen wir mit maßgeschneiderten Angeboten unterstützen.

36 Die SPD wird das Konzept der „gesunden Orte“ umsetzen, dass die Schaffung lokaler gesund-
37 heitsförderlicher Projekte vorsieht. Wir fördern weiterhin Freizeitangebote und Sport zur Prä-
38 vention und ermutigen auch zur Selbsthilfe.

39 **Aktionsprogramm Gesundheit**

40 Die SPD wird ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ auflegen, das das Niveau der Gesundheits-
41 förderung in Berlin deutlich erhöhen wird. Gemeinsame Aktivitäten der Bezirks- und Senats-
42 verwaltungen und wichtigen Trägern des Gesundheitswesens, wie den Krankenkassen, Ge-
43 sundheitseinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden sollen dadurch gebündelt werden. Kern-

stück ist ein gemeinsamer Fonds, der die schon heute verwendeten Mittel für Selbsthilfe und Nachbarschaftsarbeit, Gesundheitsförderung und Prävention zusammenführt und erhöht.

Im ersten Schritt werden wir einen Berliner „Stadtplan der Gesundheitsförderung“ erstellen, der alle Träger und Orte, Programme und Projekte erfasst. Wir schichten die bereits bestehenden Angebote um, und erreichen so eine maximale flächendeckende Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere für sozial Benachteiligte. Die Angebote sollen gemeinsam vereinbarte Qualitätsanforderungen einhalten. Durch verbindliche Evaluation identifizieren wir erfolgreiche Projekte und übertragen sie gegebenenfalls auf andere Zielgruppen.

Wir schaffen mit dem Aktionsprogramm Anreize zur Weiterentwicklung der Berliner Kliniken zu Gesundheitszentren. Zudem unterstützen wir die gemeinsame Entwicklung der Aktivitäten der Krankenkassen und die Entwicklung der Kitas zu Familienzentren. Das Aktionsprogramm soll das Thema Gesundheit in allen Lebensbereichen verankern.

Wir befürworten die Einrichtung integrierter Versorgungssysteme. Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und weitere Anbieter sollen patientenorientierte und qualitätsgesicherte Behandlungsleistungen erbringen. Wir unterstützen Projekte der ambulanten medizinischen Versorgung, die das soziale Umfeld in die Therapie einbeziehen.

Angebote für ältere und chronisch kranke Menschen

Die SPD wird die Angebote speziell für ältere und chronisch kranke Menschen verbessern. Im Pflegebereich, in der Geriatrie und in der Palliativversorgung brauchen die Einrichtungen angesichts des demographischen Wandels mehr Personal. Zugleich verbessern wir in diesen Bereichen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedingungen.

Patientenschutz und Patientenrechte

Die SPD will den Patientenschutz ausbauen. Wir werden im Landesprogramm „Patientenrechte im Gesundheitswesen“ die Kompetenzen der Patientenbeauftragten erhöhen. Außerdem wollen wir Vorschläge der Beratungsstellen sowie Patientenfürsprecher und Patientenfürsprecherinnen umsetzen, um das Berliner Gesundheitswesen patientenfreundlicher zu gestalten.

Verbraucherschutz

Die SPD betreibt eine konsequente Verbraucherpolitik, deren Leitlinien Schutz und Aktivierung sind. Berlin ist im bundesweiten Verbraucherindex, der jährlich die Verbraucherpolitik der Länder vergleicht, in den letzten Jahren weit nach vorn gerückt.

Wir haben in den letzten Jahren bereits die Grundlagen dafür gelegt, dass es Verbraucherinnen und Verbrauchern in Berlin gut geht. Dort wo es nötig ist, greifen wir ein und sichern den Verbraucherschutz mit klaren Regeln und Gesetzen.

Der Senat hat in Berlin ein direktes Ohr dafür, wo Verbraucherinnen und Verbrauchern der Schuh drückt: Bereits zum dritten Mal gibt es in diesem Jahr den Verbrauchermonitor. Auch zukünftig wollen wir systematisch erheben, wo es Probleme gibt und was Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten. Durch das Smiley-System bei Gaststätten sehen Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig in ganz Berlin, welche Gaststätten besonders gut oder aber schlecht sind.

Verbraucherschutz wird auf Bezirksebene umgesetzt. Noch immer stehen das Eingreifen und die Sanktion im Mittelpunkt des Handelns der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Prävention und Aufklärung stärker im Mittelpunkt stehen und

1 werden diesen Bereich der Ordnungsämter zu bezirklichen Anlaufstellen für Verbraucher-
2 schutz entwickeln.

3 Ergänzend setzen wir weiterhin auf die Verbraucherzentrale. Die Arbeit in Berlin ist weiterhin
4 auf sozial benachteiligte Zielgruppen zu fokussieren und in Projekten, wie z.B. Schuldenprä-
5 vention für Jugendliche, Energiesparberatung sozial Schwacher und gesunde Ernährung, auf-
6 zugreifen.

7 Mehr als bisher wollen wir dabei die Ressourcen gerade im wirtschaftlichen Verbraucher-
8 schutz stärken: Denn Verbraucher, die als souveräne Nachfrager auftreten, bilden ein wichti-
9 ges Korrektiv am Markt. Gute Verbraucherpolitik ist Politik für den Standort Berlin!

10 **Umwelt- und Naturschutz**

11 Gerade in einer wirtschaftlich wachsenden Stadt kommt dem Umwelt- und Naturschutz eine
12 zentrale Rolle zu, um die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Mehr als in
13 vielen anderen Metropolen resultiert die Lebensqualität Berlins auch aus seiner Vielfalt und
14 Vielzahl von Grün- und Wasserflächen im Stadtgebiet. Diese Freiräume mit ihren wichtigen
15 ökologischen Funktionen aber auch ihrer Naherholungsqualität wollen wir erhalten. Regionale
16 Grünzüge wollen wir dabei – soweit dies möglich ist – auch unter Einbindung des Berliner Um-
17 landes ökologisch vernetzen und biologische Vielfalt sichern.

18 Zielsetzung unserer Politik ist es, den „Flächenverbrauch“ zu reduzieren. Hierzu gehören v.a.
19 die Vermeidung überdimensionierter Oberflächenversiegelung bei neuen Bauvorhaben sowie
20 ein sukzessiver Rückbau versiegelter Flächen im Bestand. Durch die stärkere Versickerung von
21 Niederschlägen und den Aufbau von Regenrückhaltesystemen in der Mischwasserkanalisation
22 wollen wir die Wasserqualität von Havel und Spree weiter steigern. Ihre Zuflüsse – wie Panke,
23 Wuhle oder Tegeler Fließ – wollen wir langfristig renaturieren.

24 Gerade auch mit Hilfe bürgerschaftlichen Engagements wollen wir die Anlage, Pflege und
25 Erhaltung von Grün im Stadtgebiet ausweiten. Dazu gehören Maßnahmen der Hof-, Fassaden-
26 und Dachbegrünung ebenso wie Ersatzpflanzungen für 10.000 verloren gegangene Straßen-
27 bäume. Wo immer dies möglich ist, werden wir die Identifikation mit städtischem Grün durch
28 private Pflegepatenschaften erhöhen und dies durch Beratungsangebote und städtische Öff-
29 fentlichkeitsarbeit unterstützen.

30 Wir werden die Umweltbildung im Schulunterricht ausbauen und ihr einen festen Platz geben.
31 Hierzu wollen wir mit den bestehenden Umweltbildungseinrichtungen ebenso wie mit den
32 anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbänden zusammenarbeiten. Bei der Essensversor-
33 gung in unseren Schulen werden wir verstärkt darauf hinwirken, dass Produkte aus der regio-
34 nalen Landwirtschaft zum Einsatz kommen und der Anteil von Erzeugnissen des ökologischen
35 Anbaus schrittweise steigt.

36 Grundsätzlich sind wir überzeugt, dass das Leben in der Metropole und der verantwortungs-
37 volle Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen keinen Widerspruch darstellen. Gerade
38 in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich in Berlin mehr und mehr eine ökologisch verträgli-
39 che Lebensweise durchgesetzt. Mit unserer ambitionierten Zielsetzung Berlin bis 2050 zu ei-
40 ner nahezu CO₂-freien Metropole weiterzuentwickeln, setzen wir weiter auf das Engagement
41 der ganzen Bürgerschaft. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin kann eine Internationale Bau-
42 ausstellung (IBA) 2020 bilden, die mit einem CO₂-neutralen Stadtquartier eine Pilotfunktion
43 für Berlin und andere Metropolen einnimmt.

44 **Demografischer Wandel**

Die SPD will den demografischen Wandel aktiv gestalten. Auf Bundesebene streben wir einen Umbau des sozialen Sicherungssystems an. Damit reagieren wir auf den demographischen Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt. Wir arbeiten am Modell einer Bürgersozialversicherung: So gestalten wir einen Sozialstaat, der alle Bürgerinnen und Bürger im Krankheitsfall absichert und die Altersversorgung sicherstellt. Die älteren Berlinerinnen und Berliner sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Barrierefreiheit, Partizipation sowie gute Betreuung und Pflege müssen gewährleistet werden.

Das Seniorenmitwirkungsgesetz soll vollständig umgesetzt werden. Wir wollen die Mitbestimmung von Senioren verbessern, etwa durch die frühzeitige Beteiligung bei der Erarbeitung von Gesetzen, Berichten und Konzepten. Die bezirklichen Seniorenvertretungen sollen Antrags- und Auskunftsrecht in den Bezirksämtern und Bezirksverordnetenversammlungen erhalten.

Wir wollen eine altersfreundliche Gesellschaft, die das Potential Älterer nützt. Dazu setzen wir das Geriatriekonzept der Ärztekammer um, welches den Ausbau der Altersforschung an den Berliner Hochschulen vorsieht.

Barrierefreie Stadt

Die SPD tritt ein für ein barrierefreies Berlin. Wir wollen einen umfassenden Zugang zu Mobilität erreichen, z.B. durch Fahrstühle an Bahnhöfen oder die Absenkung der Bordsteine an Straßenübergängen. Wir wollen das selbständige Wohnen im Alter ermöglichen, dazu gehören Wohnungen und entsprechende Dienstleistungen.

Die SPD will gerade auch Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Kreativität in die Gestaltung der sozialen Stadt Berlin einzubringen. Wir bekennen uns zur UN Behindertenrechtskonvention mit ihren Leitbildern Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung.

Für die kommende Wahlperiode setzen wir deshalb auch auf weitere rechtliche Anpassungen von Gesetzen an die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir werden die Rechte der Behindertenbeauftragten und der Beiräte in den Bezirken stärken.

Wir werden auch Maßnahmen ergreifen, die Wohn-, Betreuungs- und Arbeitssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dazu gehören die Erhöhung des Anteils behindertengerechter und -freundlicher Wohnungen, die Sicherung des Berliner Systems ambulanter betreuter Wohnformen, der Erhalt der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und angemessene Betreuung in den Jobcentern.

Soziale Stadt

Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung, wo er verloren gegangen ist, werden auch in den nächsten Jahren eine der herausragenden Zielstellungen für die SPD bleiben. Der Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Aktionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbarschaften, die Quartiere und Stadtteile stabilisieren. Die Menschen bringen sich wieder ein in ihrem Kiez, sie haben teil im wahrsten Sinne des Wortes, sie reden und arbeiten **miteinander**. Inzwischen werden in diesen Gebieten zig tausende Stunden ehrenamtlicher Arbeit pro Jahr geleistet und damit Brücken geschaffen zwischen den Menschen, aber auch zu Qualifikation, Integration und Arbeitsmarkt.

Diese Arbeit, die inzwischen von vielen anderen Städten als vorbildlich übernommen worden ist, werden wir fortsetzen, auch wenn wir von der schwarz-gelben Politik auf Bundesebene

1 nicht mehr hinreichend unterstützt werden, denn es gibt dazu keine Alternative, wenn wir
2 den sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft sichern wollen.

3 **Gute Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung**

4 **Soziale Infrastruktur**

5 Wir arbeiten dafür, dass in allen Teilen der Stadt eine gleichwertige Infrastruktur vorhanden
6 ist. Dazu gehören: Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, kulturelle Angebote und Familienan-
7 gebote, wie auch Einrichtungen des Gesundheitswesens und für die Versorgung älterer Men-
8 schen. Diese Angebote müssen in der ganzen Stadt zur Verfügung stehen und die Teilhabe
9 aller am gesellschaftlichen Leben sicherstellen.

10 Öffentliches Eigentum ist kein Selbstzweck. Es dient dazu, gleiche Zugänge für alle zur Da-
11 seinsvorsorge wie Mobilität, Bildung, Wohnen oder (Ab-) Wasser sicherzustellen und die
12 Stadtentwicklung Berlins positiv zu begleiten. In diesem Sinne bekennt sich die Sozialdemo-
13 kratie bekennt zum öffentlichen Eigentum an den Unternehmen der Daseinsvorsorge. Wir
14 werden dafür sorgen, dass unsere öffentlichen Betriebe gute Leistungen erbringen, betriebs-
15 wirtschaftlich erfolgreich arbeiten und gute Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen. So
16 sind öffentliche Unternehmen ein Mehrwert für die ganze Stadt. Wir werden die öffentliche
17 Daseinsvorsorge wieder vermehrt in öffentliche Hände legen. Das Gemeinwohl muss jederzeit
18 über privatem Gewinnstreben stehen!

19 Wichtige Schritte dabei sind der Rückkauf der privatisierten Anteile der Berliner Wasserbe-
20 triebe, der Ausbau der kommunalen Wohnungsbestände, die schrittweise Rekommunali-
21 sierung der Gas- und Stromnetze sowie die Stärkung des kommunalen Einflusses auf den S-
22 Bahn-Verkehr.

23 Die Gründung landeseigener Stadtwerke wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

24 **Wohnungs- und Mietenpolitik**

25 Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik: Übergeordnetes Ziel es ist, bezahlbare Mieten
26 für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern. Berlin ist eine Soziale Stadt: Menschen unter-
27 schiedlicher Herkunft, Einstellungen und Einkommen leben gerne in ihrem Kiez zusammen.
28 Wir wollen nicht, dass die Menschen durch steigende Mieten gezwungen sind, umzuziehen.

29 Dazu machen wir eine nachhaltige Wohnungs- und Mietenpolitik: Ökologische Modernisie-
30 rung, aber auch soziale Integration und Partizipation gehören dazu.

31 Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen überall in Berlin wohnen, leben
32 und arbeiten können.

33 Die SPD will Wohnqualität steigern und Mietsteigerungen dämpfen. Maßnahmen wie die
34 energetische Sanierung des Gebäudebestands dienen der radikalen CO₂-Reduktion. Die SPD
35 wird darauf achten, dass ein Klimaschutzgesetz nicht zu unverträglichen Mietsteigerungen
36 führt! Die SPD setzt sich für Alternativen ein: ein Programm der Investitionsbank, das Anreize
37 setzt, in die energetische Sanierung zu investieren, ohne die Kosten eins zu eins auf die Miet-
38 parteien zu übertragen. Unser Ziel ist es, die „Berliner Mischung“ in den Quartieren zu erhal-
39 ten. Wir treten Tendenzen der Verdrängung und steigender Mieten in einigen Wohngebieten
40 präventiv entgegen.

41 Die SPD Berlin fordert deshalb mehr Mitbestimmung und Teilhabe für Mieterinnen und Mie-
42 tern. Wir wollen die frühzeitige Einbeziehung von Mieterinnen und Mietern bei der Moderni-
43 sierungsplanung. Die Beteiligung der Mieter wirkt positiv auf das Nachbarschaftsverhältnis
44 und die Stabilität von Quartieren. Die Mieterinnen und Mieter sind enger an ihre Wohnungs-

1 baugesellschaft gebunden. Die Verdrängung der angestammten Mieterschaft bei Modernisie-
2 rung bleibt aus.

3 Die SPD bekennt sich zum Gemeinwohlaufrag der städtischen Wohnungsunternehmen und
4 lehnt eine Privatisierung ihres Wohnungsbestandes ab. Vielmehr streben wir einen Ausbau
5 des öffentlichen Wohnungsbestandes an. Wir unterstreichen die Bedeutung und sozialen
6 Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die Wohnungsbaugesellschaften sind
7 Vorbilder in punkto soziale und ökologische Stadtentwicklung und halten die Mieten auf nied-
8 rigem Niveau.

9 Die SPD will den Wohnungsbestand im öffentlichen Besitz auf 300.000 Wohnungen erhöhen.
10 Sei es durch Ankauf von Beständen oder Neubau. Wir wollen, dass auf dem Tempelhofer Feld
11 bevorzugt Genossenschaften und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bauen können. An
12 der Oderstraße soll ein attraktives Quartier für generationsübergreifende Wohnformen und
13 für Familien entstehen, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch aus niedrigeren
14 und mittleren Einkommensschichten eine neue Berliner Heimat finden.

15 Unser Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau dient der Mietbegrenzung. Wir wollen die
16 Zweckentfremdungsverbotsverordnung wieder einführen und städtebauliche Instrumente
17 wie die Milieuschutzsatzung und Umstrukturierungssatzung auf bezirklicher Ebene verstärkt
18 anwenden. Überdies wollen wir die Angebote zur Unterstützung des Wohnens von Menschen
19 mit Behinderung ausbauen. Wir prüfen, Anteile der Leerstandswohnungen durch Anreize
20 wieder an den Markt zu bringen und damit das Angebot an preiswerten Wohnungen zu erhö-
21 hen

22 **Neue Wohnformen**

23 Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen sind wichtig für eine nachhaltige
24 Stadtgesellschaft. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung werden vor Ort „ge-
25 lebt“. Wir unterstützen Genossenschaften und wollen die Gründung neuer Genossenschaften
26 befördern. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen für junge Familien gerade auch in ein-
27 kommenschwächeren Bevölkerungsschichten fördern.

28 Neue gemeinschaftliche Wohnformen sind auch für ältere Bevölkerungsschichten attraktiv.
29 Die SPD will die Möglichkeit zum selbstbestimmten Wohnen im Alter geben.

30 **Liegenschaftspolitik**

31 Unsere Liegenschaftspolitik wird eine funktional gemischte Stadt erhalten. Dazu stellen wir
32 spezielle Angebote für Familien bereit und setzen auf die Stärkung von Genossenschaften.
33 Öffentlicher Grund und Boden soll in Wohngebieten für den sozialen Zusammenhalt einge-
34 setzt werden, z. B. durch bevorzugte Vergabe an Genossenschaften und Baugruppen. Flächen
35 sollen als Vorhalteflächen für künftige Nutzungen der Daseinsvorsorge ausgewiesen werden.
36 In Gewerbe- und Industriegebieten soll er im Sinne einer Bodenvorratspolitik Flächen für
37 nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum bereitgestellt werden

38 **Kleingärten: ökologische und soziale Lebensräume in der Metropole**

39 Die SPD bekennt sich zum Berliner Kleingartenwesen. Kleingärten bieten gerade Arbeitneh-
40 merinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zu sinnstiftender Freizeitbeschäftigung und
41 Erholung im Freien. Zugleich sind sie grüner Lebensraum in der Stadt und haben eine wichtige
42 Funktion für das Stadtklima und die Naherholung. Sie sind Orte des sozialen Zusammenhalts
43 und der Geselligkeit. Wir werden in unserer wachsenden Stadt auch weiterhin in ausreichen-
44 dem Maß Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereit halten.

- 1 Gleichzeitig verändern sich die Ansprüche der Berlinerinnen und Berliner an „ihre Scholle“:
2 Anforderungen nach naturnahen, ökologischen Gestaltungsprinzipien und sozialen Gemein-
3 schaftsflächen treten in Konkurrenz zu Intensivrasenflächen mit großer Gartenlaube. Gemein-
4 sam mit interessierten Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern wollen wir daher Projekte zum
5 naturnahen und ökologischen Umbau von Kleingärten unterstützen. Diese wollen wir gleich-
6 zeitig als Erholungsflächen für alle Menschen aus dem Kiez öffnen.
- 7 Konkret wollen wir im Zusammenhang mit neuen Projekten der Wohnbebauung – beispiels-
8 weise auf dem Tempelhofer Feld – sozial-ökologisch orientierte Kleingärten und Mietergärten
9 entwickeln, die neue Freiräume für Freizeit und Erholung bieten. Wir begreifen Kleingärten als
10 Orte der Integration und des sozialen Ausgleichs. Daher unterstützen wir Kleingartenanlagen
11 und interkulturelle Gärten, die es sich in besonderer Weise zum Ziel gesetzt haben, Berline-
12 rinnen und Berliner mit Migrationshintergrund einzubinden. Diese Kleingartenanlagen leisten
13 einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Stadt.
14

1 5. Wählen gehen!

2 Am 18. September werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenver-
3 sammlungen gewählt und damit die politische Grundlage für die weitere Entwicklung unserer
4 Stadt in den kommenden fünf Jahren gelegt.

5 Freie Wahlen sind ein hohes Gut unserer demokratischen Gesellschaft. Ein Teil unserer Stadt
6 war bis 1989 davon ausgeschlossen. Wir bitten alle Berlinerinnen und Berliner herzlich, zur
7 Wahl zu gehen, nutzen Sie die Möglichkeit über die Zukunft Berlins mitzuentcheiden!

8 Wir rufen zudem auf: setzen Sie auch ein Zeichen gegen Rechtspopulisten und Rechtsextre-
9 misten. Fremdenhass, Rassismus und Sozialdarwinismus haben in Berlin keinen Platz. Auch
10 neue Organisationen scheinbar weichgespülter Rechtsextremer dürfen in Berlin nicht Fuß
11 fassen. Gehen Sie wählen. Eine hohe Wahlbeteiligung sowie die Beteiligung an friedlichen
12 Protestaktionen ist ein wirksamer Schutz gegen Rechtsextremisten.

13 Bei diesen Wahlen geht es um sehr viel. Berlin steht heute vor der großen Herausforderung,
14 den richtigen Weg einzuschlagen, um alle Berlinerinnen und Berliner am Aufstieg unserer
15 Stadt teilhaben zu lassen. Die SPD tritt an für ein Berlin des neuen Miteinanders: **Arbeit für**
16 **alle** und **Zusammenhalt sichern**, dies sind die beiden großen Schwerpunkte unserer Politik,
17 die wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berliner umsetzen wollen.